

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Ad-hoc-Gruppe Grundlagen und Leitbild

Wortprotokoll der 5. Sitzung

Ad-hoc-Gruppe Grundlagen und Leitbild

Berlin, den 26. November 2015, 14:00 Uhr
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1
Paul-Löbe-Haus, Sitzungssaal: 2.600

Vorsitz:

Michael Müller

Tagesordnung

Tagesordnungspunkt 1	Seite 3
Begrüßung	
Tagesordnungspunkt 2	Seite 3
Anmerkungen zur Tagesordnung	
Tagesordnungspunkt 3	Seite 5
Leitbild Teil B – Fortsetzung der Diskussion	
Tagesordnungspunkt 4	Seite 55
Leitbild Teil A – Abschließende Durchsicht	
Tagesordnungspunkt 5	Seite 56
Verschiedenes – u.a. Termine, Arbeitsprogramm	

Teilnehmer:

Michael Müller (Vorsitz)

Sylvia Kotting-Uhl

Ute Vogt

Erhard Ott

Steffen Kanitz

Stefan Wenzel

(Beginn der Sitzung: 14:10 Uhr)

Tagesordnungspunkt 1

Begrüßung

Vorsitzender Michael Müller: Wir haben diejenigen jetzt namentlich aufgelistet, die sich für heute angemeldet haben. Ich weiß, dass Herr Stefan Wenzel etwas zu spät kommt. Was mit Herrn Grunwald und Herrn Thomauske ist, weiß ich nicht. Wir fangen aber an.

Wir fangen jetzt an und kommen zur TO. Gibt es dazu Anmerkungen?

Abg. Steffen Kanitz: Vielen Dank. Mein Wunsch wäre, also zum einen, aber darauf haben wir vorher schon hingewiesen - wir haben alle Sonder-sitzungen heute der Fraktionen.

Vorsitzender Michael Müller: 17:00 Uhr spätes-tens.

Abg. Steffen Kanitz: 17 Uhr, dass wir bis dahin irgendwie durch wären. Das wäre der erste Punkt, aber das liegt ja an uns selbst.

Zweiter Punkt, nochmal die herzliche Bitte: Wir haben unter TOP 3 „Leitbild Teil A“ und dann haben wir anschließend Teil B. Viele der Dinge ergeben sich natürlich aus dem „Leitbild Teil B“. Da sind ja eine Menge Zusammenfassungen drin, deswegen wäre mein Vorschlag, es umzudrehen: Zuerst Teil B zu besprechen. Wir können bei-spielsweise gerne schon vorher, wenn ge-wünscht, über die Leitsätze sprechen, aber ich würde vorschlagen, weil sich doch eine Menge Doppelungen ergeben, dass wir erst über Teil B sprechen und dann über Teil A. Und dann allge-mein, vielleicht einmal als Anmerkung - vielen Dank, wir haben es zwei Tage vorher bekommen - wir hatten beim letzten Mal etwas anderes vereinbart. Ich muss es einfach am Anfang jetzt

nochmal sagen - wir hatten vereinbart: Eine Wo-che vorher im Änderungsmodus – das ist gekom-men im Word-Format, aber nicht im Änderungs-modus. Einige der besprochenen Änderungen sind übernommen worden, andere aber nicht. Auf einen Punkt habe ich hingewiesen, Sie haben es gerade aber schon übernommen: Das war die „Verwahrung“ bei dem Leitsatz 8. Beispielsweise beim „Verursacherprinzip“ ist nicht die Formu-lierung übernommen worden, die wir besprochen haben. Also, um das mal ganz zu Beginn der Sit-zung vorsichtig zu sagen: So ganz ernst genom-men fühle ich mich nicht.

Vorsitzender Michael Müller: Was ist da nicht übernommen worden?

Abg. Steffen Kanitz: Ja, da können wir gleich konkret zu sprechen. So, wenn es dann um die Endabstimmung geht des Berichtes, also des Leit-bildes, dann wäre meine herzliche Bitte: Wir brauchen den im Änderungsmodus und wir brau-chen auch die Zeit, das mal grundlegend zu durchdenken.

Ich habe letzte Nacht damit zugebracht, eine Menge Anmerkungen zu dem Teil B zu machen, also bin in der Lage jetzt dazu zu beraten. Aber wenn es darum geht, ein abschließendes Votum darüber zu fassen, dann wäre mir sehr daran ge-legen, wenn wir das im Vorfeld sehr zeitnah, also wirklich mal mit zwei Wochen Vorlauf bekämen.

Ich kann nur herzlich anbieten, wenn die Ge-schäftsstelle das nicht leisten kann, weil sie viele, viele andere Dinge parallel machen muss - ich habe dafür Verständnis. Es ist keine Kritik, Herr Voges, an Ihnen, ganz bestimmt nicht. Dann kann ich anbieten, dass wir das übernehmen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass es gewünscht ist, aber kann das herzlich gerne anbieten.

Wir sind mit Laptop hier, wir können im Ände-rungsmodus versuchen, die Dinge gleich alle zu übernehmen und das hinterher zu versenden und

zu überprüfen, ob alles so übernommen wurde, wie besprochen. Nur, ein ganz einfaches Beispiel: Ganz am Anfang von Teil B, da hat Frau Kottling-Uhl auf den *unumkehrbaren Ausstieg* hingewiesen; jetzt ist da wieder *umkehrbar* drin. Verstehen Sie? Das Problem ist, ich kann nicht jedes Mal wieder von vorne anfangen und kann nicht jedes Mal nach den U-Booten suchen, die ich Ihnen nicht unterstelle. Ja, das ist nicht Absicht, das ist offensichtlich einfach nicht übernommen worden. Das ist irgendwie Mist vom Arbeitsverfahren, das sage ich mal einfach an uns alle. Es soll nicht anklagend klingen, aber ich ärgere mich schon darüber, weil wir einfach über ein paar Dinge schon hinweg gekommen sind. Und deswegen nochmal der Wunsch, dass wir zuerst über Teil B sprechen, weil sich aus dem Teil B viele Dinge für den Teil A hinterher ergeben.

Vorsitzender Michael Müller: Das war jetzt aber nicht zur TO, sondern zum Verfahren.

Abg. Steffen Kanitz: Doch, doch. Das war zur TO, dass wir sozusagen TOP 3 und TOP 4 umdrehen.

Vorsitzender Michael Müller: Ja, ja, das habe ich verstanden. Gibt es weitere Wortmeldungen?

Also, „*unumkehrbar*“... Das haben wir jetzt schon, das ist durchgerutscht. Aber ansonsten will ich schon sagen: Ich glaube, dass wir uns sehr bemüht haben, alles, was gekommen war in der letzten Sitzung, auch aufzunehmen.

So, nehmen wir dann die TO so, dass wir mit Teil B anfangen, wobei ich natürlich sage: Zu Teil A haben wir eigentlich weitgehend alles schon besprochen gehabt.

Abg. Steffen Kanitz: Aber ganz, ganz vieles ist ja doppelt.

Vorsitzender Michael Müller: Naja, es ist hinten anders beschrieben. Also auch da bin ich anderer Auffassung: Ich finde das, sozusagen, im Rahmen dessen, wie man so einen Bericht aufbaut, dass

man das knapp anreißt im Teil A und im Teil B ausführlicher beschreibt, dass das eigentlich gemacht wurde.

Abg. Steffen Kanitz: Genau das ist der Punkt. Also wenn wir in Teil B 2.1.4 „Leitbild Nachhaltigkeit“ reingehen, findet sich das wortgleich wieder im Teil A.

Vorsitzender Michael Müller: Nee.

Abg. Steffen Kanitz: Doch, in ganz großen Teilen.

Vorsitzender Michael Müller: Nein, das stimmt nicht.

Abg. Steffen Kanitz: Naja gut, ich will nur sagen, Herr Müller: Wir müssen jetzt einen Text finden, an dem wir uns entlang hangeln, der dann hinterher übernommen wird. Und diese wortgleichen Dinge, wenn ich jetzt also in Teil B reingehe, in 2.1.4, dann stehen da ein paar Sachen drin, die ich jetzt in Teil B, wo ich Änderungsvorschläge hätte.

Und sollten wir dafür eine Mehrheit finden, was ich ja jetzt nicht weiß, dann würden die sich auf Teil A natürlich auch beziehen in gleicher Art und Weise. Deswegen wäre nur mein Vorschlag, dass wir anhand Teil B, weil der eben weitergehend ist, diskutieren und der Teil A ja - wie Sie sagen - eine Zusammenfassung des Teiles B sein soll, dass wir mit dem Teil B auch beginnen.

Vorsitzender Michael Müller: Gut, ich will nur sagen - gerade weil wir den Ansatz von Frau Kottling-Uhl ernst genommen haben - ist der Teil „Leitbild“ eben hinten auch anders geschrieben - neu, und zwar in einem anderen Zusammenhang. Und insofern: Das als wortgleich darzustellen, das sehe ich nicht.

Gut, aber trotzdem weiter Wortmeldungen?

Fangen wir an.

Dann kommen wir zu dem Teil B.

Wortmeldungen !

Also, *unumkehrbar* ist klar.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Darf ich erstmal fragen, wie wir vorgehen wollen? Wollen wir Absatz für Absatz - also thematisch gegliedert, meine ich jetzt - oder sollen wir erst ein paar allgemeine Worte darüber...

Vorsitzender Michael Müller: Ja, bitte!

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ja, ich hatte mich dazu gar nicht gemeldet. Es war nur eine Frage, aber ich kann was dazu sagen.
Also ich finde grundsätzlich ist wichtig, dass wir uns hier einigen, ob das Leitbild in seinen Grundzügen so richtig ist. Ich glaube, das haben wir eigentlich noch nie so konsentiert, dass wir das so wollen. Und dann müssen wir uns über einzelne Dinge einig werden. Also, was mir auffällt, ist so ein bisschen ein Auseinanderfallen von den Debatten, die in den AGen stattfinden, und Beschlüssen, die da auch stattfinden, und dem Text hier.
Und da müssen wir einen Umgang dafür finden. Also ein Beispiel dafür sind *die Pfade*: Von Anfang an steht hier immer *Pfade, werden nachher empfohlen, wissenschaftsbasiert* usw., und da sind wir aber woanders inzwischen. Wir sind ganz eindeutig da, dass wir *einen Pfad* empfehlen in der AG3 und das muss sich dann hier auch niederschlagen. Also da müssten wir einfach ein bisschen gucken, dass sich dieser Debattenstand oder Beschlusslage der AGen sich hier auch niederschlägt.
Und dann würde ich einfach nur noch sagen, dass ich - am Ende finde ich es recht schwierig, also ab der Seite 26, würde ich sagen, fängt so ein bisschen Glatteis an, weil da geht es ganz stark um Gorleben - und das ist ganz, ganz schwierig. Also da ist jeder Satz eigentlich ein Balanceakt; da müssen wir richtig sorgfältig drangehen.

Vorsitzender Michael Müller: Ab Seite 26?

Abg. Ute Vogt: Ab Gorleben.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Vielleicht noch eine grundsätzliche Geschichte, die wir auch vorab eigentlich klären könnten: Wir haben im Text durchgängig sehr oft die *sichere* Lagerung, das *sichere* Endlager usw. und wir sind eigentlich in unserer sensiblen Debatte inzwischen - meiner Einschätzung nach - auch so unterwegs, dass wir das gar nicht mehr sagen, sondern, dass wir immer *bestmöglich, möglichst sicher* usw. - also dass wir immer die Relativität klarmachen, weil dieses *sicher* produziert eine Sicherheit, die man nach einer Million Jahren dann hat, aber nicht vorher.

Das wäre auch so eine grundsätzliche Frage, ob wir da jeweils eine andere - eine bisschen relativierende Formulierung nehmen - so wie sich das auch in einem „*bestmöglichen Standort zu suchen*“, niederschlägt oder ob wir bei dem *sicher* bleiben. Also ich wäre dafür nicht, diese Begriffe *sicheres Endlager, sicherer Einschluss* usw. zu nehmen.

Vorsitzender Michael Müller: Dann würde ich den Vorschlag machen, dass wir da irgendwo am Anfang einen Kasten machen, um das zu definieren, um dann bei *bestmöglicher Lagerung* zu bleiben.
Aber es müsste vorher definiert werden, was man darunter versteht.

Weitere Wortmeldungen?

Dann kommen wir zur Vorgeschichte 1.1.
Also *unumkehrbar*, nicht wahr, ja?

Abg. Steffen Kanitz: 4. Absatz beginnt mit:

„*Das Ausstiegsgesetz hat die Menge der nuklearen Stromerzeugung begrenzt. Die sichere Verwahrung der...*“

Wie gesagt, da würde ich drum bitten, den Terminus *technicus*, also sozusagen „*dauerhafte Lagerung*“ - vielleicht auch dieses „*dauerhafte Lagerung der hoch radioaktiven Abfallstoffe*“ - weil radioaktive Abfallstoffe impliziert, dass wir für

schwach und mittel radioaktive noch nichts hätten. Das ist ja nicht ganz richtig. Deswegen einfach „Lagerung der hoch radioaktiver Abfallstoffe ist weiterhin offen“.

Und ansonsten, wie gesagt: „Verwahrung“ finde ich 10- oder 12-mal, aber das kriegen wir durch „Suchen“ / „Ersetzen“ raus.

Vorsitzender Michael Müller: Das liegt daran, dass wir das im Modus bei 1 gemacht haben, also bei A, bei B aber nicht. Das ist aber keine Frage. So weiter zu dem Punkt 1.1... Ja.

Abg. Steffen Kanitz: Da mache ich gerne weiter. Am Ende dieser auch ersten Seite und dann folgend auf der nächsten Seite, der Satz beginnt mit:

„Damit lege Deutschland erstmals einen gesetzlichen Rahmen fest...“

Also, das StandAG war nicht der erstmalige gesetzliche Rahmen, sondern es legt sozusagen einen neuen gesetzlichen Rahmen fest für die Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe. Wenn ich in das Atomgesetz reingehe, in den § 9 - sowohl A als auch B - dann ist dort geregelt, wie damit umzugehen ist. Da ist noch der lapidare Satz drin:

„Der Bund hat für ein Endlager zu sorgen.“

Das haben wir jetzt erstmals konkretisiert mit dem Standortauswahlgesetz. Deswegen wäre mein Wunsch oder mein Vorschlag, den Satz soweit zu ändern:

„Damit lege Deutschland (erstmalig streichen und dann) einen neuen gesetzlichen Rahmen fest“ oder „...einen neuen gesetzlichen Rahmen für die Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe...“ oder auch „...für die Suche nach einem Endlager für hoch radioaktive Abfallstoffe fest.“

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ich würde es ein bisschen differenzieren, weil - es ist jetzt nicht so, dass ein völlig neuer gesetzlicher Rahmen festge-

legt wurde, wie er in anderer Form schon mal da stand -, sondern es hat schon eine neue Qualität. Und insofern würde ich das „erstmalig“... hat eine gewisse Berechtigung, aber man müsste es dann konkretisieren:

„...erstmalig einen gesetzlichen Rahmen für eine Endlagersuche...“

Weil, das ist neu, tatsächlich.

Vorsitzender Michael Müller: Also, wir schreiben:

„...Deutschland einen gesetzlichen Rahmen für die Suche nach einem Standort für die bestmögliche Lagerung radioaktiver Abfälle...“

Ja?

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ja.

Vorsitzender Michael Müller: Gibt es noch was zu 1.1?

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Nur die Kleinigkeit, dass ich bei Grafenrheinfeld das Jahr dazu nennen würde: 2015. Aber das hätte ich auch redaktionell schicken können.

Vorsitzender Michael Müller: Gut, bei Grafenrheinfeld können wir das noch ergänzen. Das ist ja kein Problem: Datum einsetzen! So... Jetzt 1.2 und 1.3 wird von der Geschäftsstelle vorbereitet. Ich weiß nicht, wer das behandelt – kann ich jetzt nicht sagen. Ob wir das direkt in die Gesamtkommission schicken, weiß ich nicht. Gut. Es hat ja mal so eine Synopse gegeben, die scheint mir da das Beste zu sein.

Herr Kanitz.

Abg. Steffen Kanitz: Ja, auch da nur, sozusagen, müssen wir dann eben hinterher auf Doppelungen achten. Aber das wird am Ende redaktionell, glaube ich, sein. Und wenn wir auf der ersten

Seite im 3. Absatz schon den Bezug zum einen auf den Ausstieg, als auch dann in dem letzten Absatz auf die Einsetzung der Kommission in das StandAG. Aber ich glaube, das ist hinterher redaktionell, also völlig richtig. Finde ich gut, wenn Sie da erstmal einen Vorschlag machen und wir dann reingucken. Vielleicht eine kurze Frage: Haben wir das denn zunächst mal, weil irgendwann

Vorsitzender Michael Müller: Das weiß ich gar nicht, ob wir dafür zuständig sind. Das ist mir unklar.

Abg. Steffen Kanitz: Okay.
Weil es ja immer auch eine Frage ist, wie lang wird das eigentlich alles zusammen? Das kann ich ja zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abschätzen.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Das könnten ja die Vorsitzenden machen...

Vorsitzender Michael Müller: Ja, klären wir, wer das macht.

Gut, also dann kommen wir zu 2.2.1: Ja?

Abg. Steffen Kanitz: Also, erster Absatz in der Mitte:

„Dafür müssen die Auseinandersetzungen in ihrer historischen, politischen und gesellschaftlichen Dimension aufgearbeitet und verstanden werden.“

Ich glaube, das ist ein bisschen der erste Konflikt, über den wir durchaus mal reden müssen. Die Frage ist: Ist das Auftrag der Kommission? So, also insbesondere das „aufgearbeitet“ finde ich sehr apodiktisch. Also, ich würde sagen, dass es *betrachtet und berücksichtigt* werden muss. Und dass wir - auch in der Kommission - die Geschichte zu betrachten und zu berücksichtigen haben, aber in der Standortauswahlkommission, in der wir uns befinden, können wir eine Aufar-

beitung der historischen, politischen und gesellschaftlichen Dimension nicht leisten. Deswegen ist mir „aufarbeiten“, ehrlich gesagt, für uns als Auftrag ein bisschen zu krass. Sondern ich würde vorschlagen: Entweder „*betrachtet*“ vielleicht reinzuschreiben oder „*berücksichtigt und verstanden werden*“. Und dass es „*verstanden werden muss*“, das ist völlig klar; dass wir es in Betracht ziehen müssen, auch völlig klar. Aber ich glaube, die Aufarbeitung können wir nicht leisten.

Vorsitzender Michael Müller: ..statt „aufgearbeitet“: „*berücksichtigt und verstanden werden*“. Das finde ich allerdings, steht in dem Gesetz auch drin: dass wir die gesellschaftliche Dimension berücksichtigen.

Also: „...*berücksichtigt und verstanden werden*“. Frau Kotting-Uhl.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ich hatte im letzten Satz:

„Dieses Wissen ist nicht nur von historischem Interesse, sondern bestimmt auch unser Verhältnis zu Freiheit und Verantwortung...“

Also ich habe da ein bisschen rumgegrübelt, was das heißen kann, dass das *bestimmt*. Ich meine: Das Wissen fordern wir ja ein, dass das Wissen eigentlich erstmal da sein muss überall – ist es ja gar nicht. Und dann kann es natürlich auch das Verhältnis nicht bestimmen, wenn es gar nicht vorhanden ist zu großen Teilen.

Vorsitzender Michael Müller: Dann schreiben wir doch:

„...ist auch entscheidend für unser...“

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ja, gut.

Vorsitzender Michael Müller: Noch etwas zu 2.1?

So, dann zu 2.1.1...Ja.

Abg. Steffen Kanitz: Da würde ich einfach mal für unsere Selbstvergewisserung fragen, was wir damit eigentlich im Einzelnen meinen. Ich gebe offen zu, dass ich nicht alles im Einzelnen verstanden und durchdrungen habe und bezweifle auch, dass der Leser das im Detail kann. Sondern ich stelle einfach mal die Frage an den Anfang: Was wollen wir damit eigentlich sagen? Ich habe verstanden, dass wir, sozusagen, möglicherweise einen Glauben an den unbegrenzten Fortschritt der Vergangenheit hier, sozusagen, einräumen wollen - ihn auch nochmal kritisch betrachten wollen und daraus schlussfolgernd sagen wollen, dass man Strategien entwickeln muss, wie wir Risiken möglicherweise auch neu und sehr frühzeitig bewerten. Das habe ich verstanden.

Aber wenn ich dann beispielsweise gleich in den ersten Kasten reingehe zur „*Idee des Fortschritts*“, ist mir das deutlich zu philosophisch, die religiöse Bewertung; Es geht um die Evolutionstheorie von Charles Darwin – genauso wie der zweite Kasten auch – „*Die Kontinuität wird zur Zäsur*“. Also ich bin nicht dafür, dass wir das in ein solches Leitbild schreiben.

Na, jedenfalls nicht in der Art und Weise.

Abg. Ute Vogt: Wir hatten doch aber letztes Mal die Diskussion, dass es eine Problematik gibt, dass wenn der Text zu sehr überfrachtet wird mit Zitaten und Hinweisen und Hintergrundinformationen, dass es dann auch problematisch wird, das nachzuvollziehen. Und andererseits finde ich den Text ohne die Kästen auch schwierig. Also insofern weiß ich nicht richtig, wie man das dann lösen sollte. Dann müssten wir es im Grunde... Die Alternative wäre dann wahrscheinlich, nur ganz nüchtern zu bleiben und zu sagen, wir machen nur... Das würde aber dem Thema **Leitbild** dann nicht mehr gerecht. Dann wäre es halt nur noch so eine Aufzählung. Also ich sehe jetzt nicht ganz, wie man das lösen kann. Wenn man die Kästen ganz weglässt, dann ist im Grunde gar keine Erläuterung mehr von... Also, wenn es da oben heißt, z.B. auf Seite 3 oben:

„...*das Fortschrittsverständnis...*“,

dann finde ich es schon wichtig, dass man nochmal sagt, es gibt ja auch verschiedene Fortschrittsideen. Also ich finde, das ist gerade eine Vielseitigkeit, die dadurch gewährleistet wird, die vielleicht nicht da wäre, wenn man jetzt diese Kästen weglässt.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Also ich finde im Grundsatz das Prinzip der Kästen gut, um da Dinge zu erklären, die jetzt nicht direkt in den Fortlauf des Textes unbedingt rein müssen. Die aber sozusagen einen Hintergrund liefern. Und da finde ich den zweiten Kasten mit der protestantischen Ethik auch wirklich wichtig, weil der einfach eine Grundlage gibt.

Bei dem ersten Kasten, da habe ich nicht verstanden, wozu der wichtig ist, ehrlich gesagt. Weil das Wort *Fortschritt* muss man eigentlich nicht erklären; das erklärt sich selbst durch „*fort*“ und „*schritt*“. Und ob das jetzt ursprünglich mal religiös gemeint war oder nicht - erschließt sich mir nicht, wofür das für unseren Text und für unser Verständnis, was wir da auch vielleicht generieren wollen, wozu das wichtig ist. Also, das habe ich daneben stehen: Wofür ist das wichtig? Bei dem zweiten Kasten geht es mir anders, den finde ich wichtig.

Vorsitzender Michael Müller: Also bei dem ersten: Das ist natürlich eine der Grundideen und zwar übrigens nur der europäischen Moderne; andere Modernen haben diesen Ansatz nicht. Dass man, sozusagen, einen Glauben hat, dass durch die Skala Naturwelt es einen quasi durch die Entfaltung der menscheitsbedingten... Weg des Fortschritts, also des immer weiteren Fortschritts im Sinne von Verbesserung, Vervollkommnung und wie es mit weiteren Begriffen bei Leibnitz oder anderen heißt. Das ist aber jetzt etwas ganz spezifisches. Das hat nur die europäische Philosophie. Ich meine, wir haben - der Kollege Matthias Zimmer und ich - dazu ja auch in der Wachstums-Enquete das viel ausführlicher noch beschrieben. Das haben wir hier in einer knappen Form zusammengefasst. Aber das ist

schon was Wichtiges – erklärt aus meiner Sicht unser Verständnis zu solchen Prozessen, warum wir glauben oder lange geglaubt haben, dass der technische Fortschritt alles löst. Ich sage Ihnen, aus meiner Sicht ist es deshalb wichtig, weil ich es auch für falsch halte, wenn man am Ende eine Technikfeindlichkeit entwickelt. Die will ich nicht. Sondern hier wird ja deutlich gemacht, dass es im Grunde genommen auf eine bestimmte Denkrichtung zurückgeht. Und wir, gerade wenn wir die Idee des technischen Fortschritts sichern wollen, über diese Denkrichtung mal nachdenken müssen. Und das finde ich, steht da eigentlich drin.

Ich meine, im Grunde genommen - ich könnte das ja noch weiter machen: Friedrich Engels hat bei der Trauerrede von Karl Marx genau das aufgegriffen und sozusagen als das Kennzeichen der modernen Gesellschaft beschrieben. Und ich sage, das war zeitspezifisch. Und das ist keine Linie mehr, die man heute vertreten kann.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Das steht ja auch im Text drin...

Vorsitzender Michael Müller: Nö, so nicht. Ich meine, diese Kästen haben wir bewusst raus genommen. Das war ja die Idee zur Erläuterung von Hintergründen.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Also, ich sage mal, was ich einfach nicht möchte - und solche Reaktionen kenne ich von mir selbst -, dass man relativ früh in einem Text aufhört zu lesen, weil er sagt: „Das ist nicht meins!“ Ja? Ich finde jetzt da...bis auf Max Weber, das ist wirklich in Ordnung. Aber ich finde auch, den Fortschritt zu erklären, das atmet der Text aber grundsätzlich. Und wir haben das auch in dem Teil A nochmal drin, ja? Wir haben das mit den zwei Modernen nochmal drin. Aber hier zu sagen, dass das eigentlich aus dem Religiösen kommt, und dann das Christentum, und dann das Säkulare... Ich sehe nicht, wofür das notwendig ist. Ich sehe nur, dass da was reinkommt, wo die Gefahr ist, dass Leute sagen: „Damit habe ich jetzt wirklich überhaupt nichts

zu tun und das brauche ich, glaube ich, nicht zu lesen.“ Das fände ich schade.

Vorsitzender Michael Müller: Tja, ich kenne andere, die gerade, weil das da drin steht, finden sie das interessant. Also das ist eine Geschichte, aber ich streite mich nicht um so einen Pipifax; streichen wir den ersten Kasten als Vermittlungsangebot, aber mehr nicht.

Ich halte das für falsch, weil aus meiner Sicht die Idee des Fortschritts bei uns nicht geklärt ist, in unserer Gesellschaft. Und ich halte das für eines der zentralen Probleme.

Abg. Steffen Kanitz: Aber nicht in unserer Kommission...

Vorsitzender Michael Müller: Nein, aber es hängt viel mit unserer Kommission zusammen, weil sozusagen diese Idee des Fortschritts ja immer mehr eine geworden ist, die das reduziert auf Technik. Aber wir können es von mir aus gerne streichen.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Aber wir könnten das vielleicht auch anders machen: Wir könnten ja so einen *Fortschritts-Kasten* machen, aber vielleicht ein bisschen praktischer. Also, wie gesagt, es zieht sich ja hier durch. Wir haben ja, also diesen Fortschritt, dass man ursprünglich dachte: Es wird immer alles besser, ja? Jeder nächsten Generation geht es besser als der vorhergehenden. Und alles, was man entwickelt, verbessert die Lebensumstände und insofern geht es immer nur nach vorne, heißt auch nach oben. Und dass man das nochmal klar macht damit. Also, mich stört einfach so ein bisschen dieses mit der religiösen Bedeutung. Mich hat das einfach nur irritiert, weil ich dachte, das Wort *Fortschritt* ist so klar: *fort* und *schreiten*, also immer weiter, immer besser – und das finde ich eher verwirrend, wenn man dann sagt: Da war eine religiöse Bedeutung drin. Das erklärt für die meisten nichts.

Vorsitzender Michael Müller: Aber das ist doch der eigentliche Punkt der Moderne; dass sie sagt:

Der Fortschritt oder das Heil kommt nicht erst im Himmel, sondern schon auf Erden. Das war doch, sozusagen, die große Leistung von John Bunyan: dass er aus der jüdisch-christlichen Tradition heraus das, sozusagen, Säkulare gewendet hat. Ohne den wäre vieles, was danach gekommen ist, gar nicht verständlich gewesen.

Aber nochmal: Ich bin gern bereit - also nicht **gerne** bereit - ich bin aber bereit, den Kasten zu streichen, PUNKT AUS, aber dann nur den.

Abg. Ute Vogt: Dann setzen wir ihn erstmal nur in Klammern und schauen mal, wie es später aussieht.

Vorsitzender Michael Müller: Es ist ja dann nur noch einer. Aber ich meine, das Problem ist, wenn die ganze Kommission so reagiert: Was soll man dann sagen? Ich meine, dabei hat der Bundestag das erst vor ein paar Wochen, ein paar Monaten, so beschlossen. Aber es wird ja auch nicht alles gelesen, was der Bundestag beschließt. (Lachen).

Gut, dann Seite 4.

Abg. Steffen Kanitz: Also, ich habe - wie gesagt - Schwierigkeiten mit der Sprache. Aber ich würde mich dann der Mehrheit anschließen.

„*Konflikte um die Kernenergie...*“ Erster, zweiter dritter... Dritter Absatz beginnend mit: „*Die Konflikte um die Kernenergie...*“ Auch wenn es ein konservativer Philosoph ist: Da habe ich genau die Sorge, dass ein Leser, der das liest, spätestens an der Stelle aussteigt...

„*Der anthropozentrische Funktionalismus zerstört am Ende den Menschen selbst.*“

Ich würde den rauslassen - auch den Bezug auf den konservativen Philosophen - und würde nur den ersten Satz lassen:

„*Die Konflikte um die Kernenergie sind von daher weit mehr als eine technische Kontroverse.*“

Und dann nicht: „*In der Konsequenz müssen...*“, sondern:

„*Die langfristigen Folgen politischer und technischer Entscheidungen müssen frühzeitig reflektiert werden. Die moderne Gesellschaft muss zu neuen Maßstäben und zu neuen Entwicklungspfaden kommen.*“

Das würde das Gleiche sagen, hätte aber nicht den Bezug zu Spaemann, den ich da für entbehrlich halte.

Vorsitzender Michael Müller: Gibt es dazu Wortmeldungen?

Da wollte man mal einen Gefallen tun... (Lachen) Ein - in konservativen Kreisen - sehr geschätzter Philosoph, aber ich merke, es wird immer schwieriger (Lachen).

Abg. Ute Vogt: Also, ich finde, wir können auf den verzichten.

Vorsitzender Michael Müller: Ich finde das Buch von dem ist nicht schlecht, muss ich ehrlich sagen. Also „Nach uns die Kernschmelze“; das ist eines der interessantesten Bücher.

So, dann streichen wir das... und dann fangen wir an:

„*Die langfristigen Folgen müssen...*“

So war das, nicht wahr? Weiter, Seite 5.

Guten Tag (Herr Wenzel kommt um 14:36 Uhr).

Ja?

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Bei dem letzten von den Spiegelstrichen bin ich heute hängen geblieben:

„*Je stärker die Gesellschaft technisch und wissenschaftlich geprägt wird, desto wichti-*

ger ist eine frühzeitige und transparente Debatte über die Nebenfolgen. Das erfordert in erster Linie mehr Bürgerbeteiligung.“

Also, ich weiß, dass wir parlamentarisch meist so debattieren, dass wir sagen, wir brauchen eigentlich mehr Risikoforschung.

Vorsitzender Michael Müller: Das ist ja vorher.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Das haben wir: „...*ein Ausbau der Technikbewertung und Technikgestaltung*“ – ja, okay... Da ist die Risikoforschung drin.

Vorsitzender Michael Müller: Aber wir können den letzten Satz da streichen. Nur ich wollte Herrn ...

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Nein, mich stört das

„...in erster Linie...“

Das hat mich eigentlich gestört. Ich meine, Bürgerbeteiligung ist unser großes Thema, finde ich absolut richtig. Aber zu sagen: *Das ist das Wichtigste* - das war mir zu krass.

Vorsitzender Michael Müller: Dann streichen wir das

„...in erster Linie...“

raus.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: „*Das erfordert auch mehr Bürgerbeteiligung*“.

Vorsitzender Michael Müller: Von mir aus.

Ja?

Abg. Steffen Kanitz: Oben auf Seite 5, vierte Zeile – mit der „*Verwahrung*“.

Vorsitzender Michael Müller: Jaja, das haben wir schon geändert.

Abg. Steffen Kanitz: Okay, dann muss ich darauf nicht mehr hinweisen.

So, dann 2. Spiegelstrich:

„Ein Irrtum ist es, dass technisch erzeugte Probleme immer durch Technik gelöst werden können.“

Also, da würde ich...

Vorsitzender Michael Müller: IMMER, das Wichtige dabei ist das IMMER.

Abg. Steffen Kanitz: Naja, wie werden technisch erzeugte Probleme sonst gelöst?

Vorsitzender Michael Müller: Beispielsweise indem man manchmal auf sie verzichtet.

Abg. Steffen Kanitz: Ja, aber okay, aber wenn ich sozusagen impliziere, dass ein technisches Problem vorliegt, dann bin ich schon drin in der Atomkraft, ja?

Vorsitzender Michael Müller: Jaja, aber es geht doch, dass immer neue...

Abg. Steffen Kanitz: Also, das liest sich jetzt so... Ich verstehe das so in dem Satz, dass - Ich habe ein Problem auf dem Tisch liegen, dass technisch erzeugt ist, technisch indiziert ist. Jetzt ist die Frage: Wie löse ich es?

Vorsitzender Michael Müller: Ja, aber Entschuldigung... Wenn ich sage: Seit 1969 ist eigentlich in der Debatte der Technik- und Sozialwissenschaft doch unbestritten, dass man sagt: Technik ist ein sozial bestimmter Prozess und muss auch sozialbestimmt organisiert werden. Das bedeutet nicht Technikfeindlichkeit, aber dass man im Zweifelsfall auch sagen kann: „Diese Form der Technik wollen wir nicht.“ Ich finde das absolut richtig.

Abg. Steffen Kanitz: Das ist OKAY, Herr Müller, das verstehe ich auch.

Vorsitzender Michael Müller: Das ist ja mit „immer“ gemeint. Ich verstehe „immer“ als „nicht in jedem Fall“.

Abg. Steffen Kanitz: Dann würde ich schreiben:

„...können **nicht ausschließlich** durch Technik gelöst werde“

Das drückt das...

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Könnte man da nicht schreiben:

„...nicht in jedem Fall...?“

Dann wird es deutlicher.

Vorsitzender Michael Müller: Von mir aus.

Abg. Steffen Kanitz: Ja, okay.

Vorsitzender Michael Müller: Also das nicht weg, sondern „in jedem Fall“.

Weiteres zu Seite 5? Also zu dem 2.1.1... Das ist nicht der Fall, dann kommen wir zu 2.1.2.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Da ist im zweiten Absatz, zweiter Satz:

„Die Anforderungen des Atomgesetzes, die eine schadlose Verwertung oder geordnete Beseitigung in Deutschland verlangt, ist nicht erfüllt.“

Da frage ich mich, ob wir uns dessen wirklich bezichtigen wollen, dass wir das Atomgesetz nicht erfüllen. Ich meine, wenn man ganz hart ist - und das tun ja auch manche Bürgerinitiativen - dann sagen die uns: Das widerspricht eigentlich der Ursprungsanforderung. Aber das Atomgesetz besteht ja auch X Novellierungen. Und die Anforderungen, die letztlich da drin stehen, sind im Grunde erfüllt. Also, von Anfang an hieß es ja auch: Es müssen Fortschritte bei der Endlagerung

da sein. Also ich würde das...Das ist ein Vorwurf an uns alle eigentlich: dass wir ein Gesetz nicht erfüllen und zwar ein ganz massiver Vorwurf, den ich eigentlich da nicht reinschreiben möchte. Das ist eine zwiespältige Geschichte – das ist mir klar - man kann das so lesen, aber so wie das Atomgesetz heute dasteht, nach den vielen Novellierungen, würde ich sagen, stimmt er auch nicht, der Satz.

Und dann wäre in der Folge auch noch der nächste Satz:

„...Kommission soll Kriterien erarbeiten, wie dieser Konflikt...“

Da ist das Wort *Konflikt* dann auch zu schwach. Also, es ist sowieso ein bisschen zu schwach, aber vor allem, wenn wir diesen Satz stehen lassen, dann geht es nicht um Konflikt, sondern dann geht es um etwas ganz anderes, etwas viel größeres.

Vorsitzender Michael Müller: Um was geht's? Ich hab das letzte Wort jetzt nicht ganz verstanden.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Dann geht es um etwas größeres, als um einen Konflikt; da geht es um ein wirklich massives Defizit, um ein Versäumnis.

Vorsitzender Michael Müller: Herr Kanitz.

Abg. Steffen Kanitz: Ja, der gleiche Satz ist mir auch aufgefallen. Also erstens müsste es in dem allerersten Satz:

„Nach dem Atomgesetz darf in Deutschland kein Kernkraftwerk ohne Entsorgungsvorsorge...“

... müsste es heißen und nicht *-nachweis*; das wäre der richtige Terminus. Und dann würde ich in der Tat, um genau das zu vermeiden – also erstens stimmt der Satz so nicht wie er da steht oder

gibt es da jedenfalls eine unterschiedliche Interpretation – vielleicht ein bisschen weicher formuliert. Wir können doch vereinbaren, möglicherweise auf den Satz

„...die Anforderungen des Atomgesetzes nach Einrichtung eines Endlagers für HAW ist nicht erfüllt.“

Wir sind natürlich im Bereich der schadlosen Verwertung, im Bereich der Freimessung - das machen wir.

Wir sind im Bereich der geordneten Beseitigung, im Bereich der Zwischenlagerung - das machen wir auch.

Was wir nicht haben, ist die im Atomgesetz geregelte Verpflichtung, ein Endlager einzurichten - das haben wir nicht. Und deswegen würde ich halt vorschlagen, den Satz zu verändern in

*„Die Anforderung des Atomgesetzes **nach Einrichtung eines Endlagers für hoch radioaktive Abfallstoffe** ist nicht erfüllt oder sind nicht erfüllt.“*

Vorsitzender Michael Müller: Also, meine Interpretation, aber ich will da jetzt nicht – ich könnte damit leben... Was heißt Vorsorge, wenn Vorsorge letztlich nur eine auf dem Papier stehende Behauptung ist? Und das war es die ganze Zeit. Ich meine, einer der Kernpunkte in der Auseinandersetzung um die Kernkraft ist genau dieser Punkt: dass wir lange Zeit etwas gemacht haben ohne, sozusagen, eine gesicherte Entsorgung zu haben. Im Grunde genommen kann man sogar zu dem Ergebnis kommen: Was wir getan haben, hat dem Geist des Gesetzes widersprochen. Aber ich will das jetzt gar nicht sagen, ich würde diesen Punkt da

„Die Anforderung des Atomgesetzes zur Einrichtung eines Lagers zur bestmöglichen Lagerung von hoch radioaktiven Abfällen ist nicht erfüllt.“

Ja, bitte.

Abg. Ute Vogt: Ich neige dann eher dazu, das lieber ganz wegzulassen, weil Du hast sofort die Debatte, dass ein Teil sagt: „Naja, wir hätten ja Gorleben gehabt. Und solange wir Gorleben hatten, war das immer erfüllt.“ Also, dann kann man einen ganz langen Streit darüber führen: War es erfüllt oder nicht. Aber die Gorleben-Befürworter haben ja immer auf dem Standpunkt gestanden: Solange wir Gorleben untersuchen und das auch immer noch offen halten bzw. solange auch das Moratorium war - das heißt alles immer, dass es noch eine Option gibt. Und eigentlich sind wir ja im Moment an einem Punkt, wo ich zwar finde: Es stimmt, dass es derzeit keine Option gibt, weil wir ja erst eine suchen. Aber in dem Satz ist schon, glaube ich, eine sehr heftige ideologische Debatte versteckt. Weshalb ich auch dazu neige, wenn uns nichts Tolles einfällt, lieber zu streichen.

Vorsitzender Michael Müller: Stefan Wenzel.

Stefan Wenzel: Ich würde gerne nochmal den Passus im Gesetz finden – ich suche gerade aber noch. Es war doch so, dass bis zum ersten Atomausstieg der Entsorgungsvorsorgenachweis erst Asse war und ab den 90er Jahren dann Konrad und Gorleben.

Und mit dem ersten Ausstiegsgesetz ist dann ja auch die Zwischenlagerung als Entsorgungsvorsorgenachweis anerkannt worden. Man muss das hier vielleicht nur nochmal etwas präziser formulieren, welcher Baustein sozusagen fehlt - und das ist ja das Endlager. Oder man schreibt statt „ist nicht erfüllt“: „steht in Frage“ - eins von beiden ginge. Das ist vielleicht nur etwas für Feinschmecker-Juristen hier.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Wir müssen uns ja, meine ich, auch gar nicht unbedingt im zweiten Satz nochmal auf das Atomgesetz beziehen und uns dann in diese Verwicklungen begeben. Man könnte ja auch einfach schreiben:

„Die schadlose Verwertung oder geordnete Beseitigung des hochradioaktiven Abfalls in Deutschland ist nicht erreicht“ oder „...ist bisher nicht erreicht.“

Vorsitzender Michael Müller: „Bisher gibt es keine...“ usw.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ja.

Abg. Steffen Kanitz: Ja, der Punkt ist... Lassen Sie uns das auf HAW beziehen...

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ja, das habe ich ja gesagt.

Abg. Steffen Kanitz: Ja, okay. Und das gilt insbesondere für die dauerhafte Lagerung. Weil - was ich nicht suggerieren möchte – ist, dass wir sozusagen für den Bereich der Zwischenlagerung im Moment keine Sicherheit hätten.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Beseitigung meint ja auch nicht Zwischenlagerung.

Vorsitzender Michael Müller: Wir meinen ja extra nicht die Zwischenlagerung, sondern es steht ja hier – aber das kann man ja auch nochmal reinschreiben.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: „Geordnete Beseitigung“ ist schon richtig...

Abg. Steffen Kanitz: „Die geordnete endgültige Beseitigung...“

Vorsitzender Michael Müller: Ja, bitte.

Stefan Wenzel: Das ist § 9a, Abs. 1. Da steht diese Formulierung:

„Wer solche Anlagen betreibt, muss nachweisen, dass sie entsprechend schadlos verwertet werden oder als radioaktive Abfälle geordnet beseitigt werden...“

Im nächsten Absatz steht dann:

„Die Betreiber haben nachzuweisen, dass sie zur Erfüllung ihrer Pflichten für den noch vorgesehen Betriebszeitraum anfallende

Kernbrennstoffe ausreichende Vorsorge getroffen haben (Entsorgungsvorsorgenachweis).“

Vorsitzender Michael Müller: Steht also beides drin.

Stefan Wenzel: Sehr vage formuliert.

Vorsitzender Michael Müller: Steht aber beides drin, jaja. Herr Voges.

Jürgen Voges (Geschäftsstelle): Die schadlose Verwertung bezieht sich ja bei hoch radioaktiven Abfallstoffen oder bei Kernbrennstoffen auf die längst verbotene Wiederaufarbeitung. Insofern kann es bei hoch radioaktiven Abfallstoffen eigentlich ohnehin nur um die geordnete Beseitigung gehen.

Vorsitzender Michael Müller: Also ich schlage nochmal vor:

„... darf kein ohne Entsorgungsvorsorgenachweis betrieben werden. Bisher gibt es in Deutschland jedoch keine geordnete Beseitigung für hoch radioaktive Abfälle.“

Und dann:

„Die vom Bundestag und Bundesrat eingesetzte Kommission soll deshalb...“

Abg. Steffen Kanitz: „...geordnete **dauerhafte** Beseitigung...“

Vorsitzender Michael Müller: Naja, geordnet ist für mich *dauerhaft*.

Einverstanden?

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Und was machen wir mit dem Wort „Konflikt“?

Vorsitzender Michael Müller: Eine Alternative?

Erhard Ott: „...wie dieses **Problem gelöst werden kann**.“

Vorsitzender Michael Müller: Gibt es ein Problem? Machen wir doch einfach: „*soll deshalb Kriterien erarbeiten*“, Punkt.

Weiter bei 2.1.2.

Abg. Steffen Kanitz: In dem Absatz am Ende:

„In vielen Bereichen betritt sie Neuland...“

Ist das Neuland für uns ein besonderer Begriff oder ein belasteter Begriff? (Lachen) Also, ich habe es anders formuliert:

„Die Kommission hat den Anspruch, in vielen Bereichen **neue Antworten** zu finden.“

Vorsitzender Michael Müller: Hat sie das?

Abg. Steffen Kanitz: Ich glaube schon, oder?

Vorsitzender Michael Müller: Die Kommission vielleicht, aber bei der Zusammensetzung der Kommission bin ich mir nicht so sicher. (Lachen) Entschuldigung – als Außenstehender.

Abg. Ute Vogt: Ich finde, man kann das so formulieren, weil wir beziehen das ja nicht alleine auf das Thema Atom, sondern auch Bürgerbeteiligung und so. Die Frage ist, ob man nochmal bei den Spiegelstrichen was aus dem Thema Technik sagt. Ich finde, wenn ich es nicht überlesen habe, fehlt der Aspekt, dass die Das Ganze bezieht sich auf den AkEnd, wichtige Grundlagen, aber in vielen Bereichen braucht man weitestgehend neue Antworten. Das betrifft auch den Stand von Wissenschaft und Technik.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Wir haben doch oben die ganze Technikgeschichte geschrieben.

Vorsitzender Michael Müller: Darf ich jetzt nochmal fragen, also: „Die Kommission vertritt den Anspruch, neue Antworten...“ - ich würde sagen: eher „weitergehende“, „neue und weitergehende Antworten“.

Abg. Steffen Kanitz: „Weitergehende“ ist besser, würde ich sagen.

Vorsitzender Michael Müller: „... weitergehende Antworten zu entwickeln...“ und dann wie bisher.

Und jetzt sollte da noch etwas zu dem Thema... Ich meine, ich habe nichts gegen so einen Satz, der heißt: „Auch, um sozusagen zu einem rationalen...“ – ich hab es jetzt nicht formuliert, aber gedankenmäßig: „...Verständnis von Technikgestaltung zu kommen“.

Abg. Ute Vogt: Das hab ich nicht gemeint. Ich meine, dass es ja auch einen rein technischen Fortschritt gibt, der durchaus bei Messverfahren, und sei es nur die Lagerbehälter oder sowas...

Vorsitzender Michael Müller: Neue Erkenntnisse...

Abg. Ute Vogt: Ja, genau – der Aspekt fehlt.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Das ist eigentlich kein Neuland. Das ist eigentlich immer selbstverständlich. Also im Atomgesetz wird der Stand von Wissenschaft und Technik grundsätzlich genannt – die Einhaltung.

Vorsitzender Michael Müller: Naja, das ist dann immer die Frage, was man darunter definiert. Das ist dann immer das Problem.

Ja, gibt es eine Formulierung?

Abg. Ute Vogt: „Neue wissenschaftliche Erkenntnisse.“

Vorsitzender Michael Müller: Ich schreibe so etwas in die Richtung.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Darf ich nochmal etwas sagen? Mit den neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen... Also letztlich landen wir bei der Empfehlung da - abgesehen von der Rückholbarkeit -, wo aber zum einen die internationale Community auch ist und zum anderen auch der AkEnd war. Der Stand von Wissenschaft und Technik, klar, der ist aber – finde ich - selbstverständlich. Wenn man etwas Neues macht, muss man sich nach dem aktuellen Stand von Wissenschaft und Technik richten. Also, wo Du Recht hast, ist vielleicht, dass für uns jetzt klar ist, Rückholbarkeit muss sein. Okay... Das unterscheidet uns ja auch vom AkEnd.

Abg. Ute Vogt: Vielleicht kann man in den Satz: „...neue wissenschaftliche Erkenntnisse“ aufnehmen.

Vorsitzender Michael Müller: Es sind ja nicht nur wissenschaftliche Erkenntnisse. Es sind ja auch andere Sichtweisen, wie beispielsweise die Rückholbarkeit ist ja eher eine andere Sichtweise.

Abg. Ute Vogt: Das ist keine Technik, sondern eher philosophische Sichtweise. Aber ich finde bei den neuen Erkenntnissen... Was für mich z.B. neu war, tatsächlich, ist dieses Thema mit den Bohrlöchern, z.B., was wir zwar nicht als Pfad vorschlagen, was aber trotzdem intensiver geprüft werden soll. Das hatte ich im vorherigen Verfahren und in den vorhergehenden Diskussionen überhaupt nicht als Verfahren im Blick. Das war, fand ich, sehr weit weg. Und durch die Kommissionsarbeit ist das so ein Thema, was eigentlich viel eher nochmal realistisch sein könnte in ein paar Jahren.

Vorsitzender Michael Müller: Na, dann würde ich aber sagen: Nicht nur *neue wissenschaftliche*, sondern neue, sind ja auch *gesellschaftliche Erkenntnisse*.

Abg. Ute Vogt: *Neue gesellschaftliche und wissenschaftliche Erkenntnisse*. Mir wäre das schon

wichtig, dass auch das Thema Wissen und Technik...

Vorsitzender Michael Müller: Okay, ich formuliere da mal einen Satz.

Ein neuer Spiegelstrich:

„- weil sie neue wissenschaftliche und gesellschaftliche Erkenntnisse prüfen und ggf. berücksichtigen will.“ (Zuruf) ... „beachten“ ist besser.

So, noch was zu 2.1.2?

Abg. Steffen Kanitz: Ja, 2. Spiegelstrich:

„- die „unsere Schöpfung überwältigenden Kräfte“ dauerhaft in Schranken zu weisen sind, damit sie ihr zerstörerisches Potenzial nicht zur Entfaltung bringen“

Das ist halt auch wieder so ein Beispiel, wo ich mir – ehrlicherweise - für die Lesbarkeit wünschen würde, dass wir es umgangssprachlich formulieren. Also, was meinen wir damit? Eine echte Technik, Folgeneinschätzung vor Einsatz neuer Technologien, oder? So verstehe ich das.

Vorsitzender Michael Müller: Das ist Jonas, nicht wahr?

Abg. Steffen Kanitz: Ja, das ist mir klar, dass das ein Zitat ist. Nur ob das, sozusagen, für uns

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Aber es ist verständlich... Also anders als andere Texte, die wir da hatten, ist das verständlich - finde ich. Es ist nicht unsere Alltagssprache, aber man versteht es eigentlich sehr leicht.

Abg. Steffen Kanitz: Na, dann lassen wir es drin. Dann hab ich nur - da weiß ich, dass unsere Innenpolitiker natürlich gucken - im nächsten Spiegelstrich:

„ ... Sicherheit und Freiheit in ein Gleichgewicht bringt“

Also Sicherheit und Freiheit hab ich bisher, sozusagen... Dieses Spannungsverhältnis jetzt für den Ausstieg aus der Kernenergie jedenfalls noch nicht so als echtes Begriffspaar gehört. Das ist mir neu.

Vorsitzender Michael Müller: Wo ist das jetzt?

Abg. Steffen Kanitz: Das ist der 3. Spiegelstrich auf der gleichen Seite.

Vorsitzender Michael Müller: Ach so, Entschuldigung, ja.

Abg. Steffen Kanitz: Also, damit verbinde ich, sozusagen, diese innenpolitischen Probleme: Datenschutz usw.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Das ist hier generationsübergreifend.

Vorsitzender Michael Müller: Das ist hier generationsübergreifend gemeint.

Abg. Steffen Kanitz: Ja.

Vorsitzender Michael Müller: Das kann man ja reinschreiben, dass das „generations...“, „auf Dauer“ oder wie auch immer. Oder „längerfristig“.

Abg. Steffen Kanitz: Was meinen wir mit... Also die Sicherheit vor Strahlen, radioaktiver Strahlung? Und die Freiheit für nachfolgende Generationen zu entscheiden?

Vorsitzender Michael Müller: Da ist sowohl gemeint die notwendigen technischen Maßnahmen und die Bewahrung von Optionen für die Zukunft. Dass das immer ein Spannungsverhältnis ist, ja?

Abg. Ute Vogt: Dann schreibt doch dazu,

„...für kommende Generationen...“ statt „dauerhaft“

Dann ist das, glaube ich, klar.

Abg. Steffen Kanitz: „...heute und für kommende Generationen...“

Vorsitzender Michael Müller: „...heute und für kommende Generationen...“ ... (Zuruf)... Auch heute muss die Entscheidung so sein, dass es zu einem Gleichgewicht kommt. ... (Zuruf)... Ja, ist in Ordnung. Seite 6.

Abg. Steffen Kanitz: Also, da habe ich mit dem ersten Spiegelstrich oder letzten - wie man es auch immer sehen will -, da habe ich meine Probleme. Also, meine Begründung bitte dafür, dass die tradierte Risikoregulierung antiquiert ist und beendet werden muss. Ich erlebe Deutschland als ein extrem technikfeindliches Land, um das mal vorsichtig zu formulieren. Das mögen einige gut finden, andere weniger gut. Aber, dass wir, sozusagen... Wir reden über TTIP und die Menschen haben große Sorgen vor TTIP, weil sie sagen: Wir haben Sorge, dass wir mit den großen Standards, die wir in Deutschland haben, dass die geschliffen werden im Vergleich zu den Amerikanern.

Wir haben komplizierteste Zulassungsverfahren, TÜV u.a. sind genannt. Also, dass wir eine tradierte Risikoregulierung hätten, die antiquiert wäre, finde ich als Vergangenheitsbeschreibung zu hart - ehrlich gesagt. Oder wir müssen das anders umschreiben. Ich weiß nicht genau, was damit gemeint ist.

Vorsitzender Michael Müller: Naja, das ist die Debatte, die viele führen unter dem Stichwort „Die Antiquiertheit des Rechts“, weil man der Auffassung ist, dass die dahinterstehende... Also, ich würde es genau umgekehrt sagen: Ich finde, dass die tradierte Risikoregulierung genau dazu führt, dass wir heute eine Bürokratisierung des Rechts haben.

Also, das ist ja auch bei denen die Auffassung... Ich führe hier beispielsweise Rainer Wolf an, der das wohl am intensivsten bearbeitet hat - übrigens ist daraus auch die Risikogesellschaft von

Beck entstanden - dass man sagt: Das Verständnis, dass jederzeit das polizeiliche, das erweiterte Polizeirecht, bei technischen oder ökologischen oder sonstigen Risiken uns hilft, falsch ist. Weil es nämlich davon ausgeht, dass ich jederzeit die Kette zwischen Ursache und Wirkung unterbrechen kann - und das ist Quatsch, Entschuldigung. Das mag sein, dass das gegolten hat früher für einfachere Anlagen als heute. Aber je komplexer Technik wird, desto falscher ist diese Sichtweise. Und dazu hat übrigens auch die Enquete-Kommission Wachstum eine sehr ausführliche Position beschrieben...da unter der Leitung von dem Chef des energiewissenschaftlichen Instituts zu Köln. Es mag sein, das gebe ich zu, dass - wer den Begriff der Antiquiertheit der tradierten Risikoregulierung nicht kennt -, dass der das nicht weiß. Also muss man es erklären. Da bin ich gerne bereit, sowas zu machen. Aber es ist in der Tat so: Ich glaube, dass ein Teil dessen, was Sie jetzt Technikfeindlichkeit nennen, wobei man da auch länger drüber reden muss, - oft kommt das ja von alten Herren, die nicht mal ihren eigenen Computer bedienen können...Jaja es ist oft so, wollen wir mal ehrlich sein - aber es ist natürlich etwas dran, ich streite das ja nicht ab. Dann muss man deutlich machen, dass das, was dahintersteckt, was anderes ist. Wir brauchen eine andere Form von Risikobewertung, um gerade wegzukommen von immer bürokratischeren und immer komplexeren und immer weniger hilfreichen Regularien.

Abg. Steffen Kanitz: Verstanden. Aber wer ... (Zuruf)... Ich verstehe den Punkt, ist nachvollziehbar.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Wäre es denn nicht sinnvoll? Wir haben ja hier in dem 2.1.1 in der Mitte den Spiegelstrich mit der Technikbewertung und Technikgestaltung - im Grunde gehört es doch dazu, oder? Oder es gehört nicht dazu?

Vorsitzender Michael Müller: Naja, es ist ja am Ende mehr oder weniger die Zusammenfassung, was wir, sozusagen, zu leisten haben. Und ich bleibe auch dabei, dass im Grunde genommen -

also mal etwas überspitzt gesagt - das preußische Ordnungsrecht, das immer noch bei uns für alles gilt, nicht in der Lage ist, den Herausforderungen, die wir heute haben, gerecht zu werden. Gut, ich gebe zu, das muss man vielleicht anders formulieren.

Abg. Steffen Kanitz: Ich schreibe einfach dran: „neue Formulierung“. Darf ich das machen?

Vorsitzender Michael Müller: Ja.

Abg. Steffen Kanitz: Danke.

Vorsitzender Michael Müller: Weitere Wortmeldungen?

Um auch der IG BCE gerecht zu werden, ja? (Lachen)

Nein, also um das nochmal klar zu machen, weil es da immer so viele Missverständnisse gibt: Ich bin ja völlig der Auffassung - ich habe das ja auch irgendwo geschrieben -, dass man sich darüber im Klaren sein muss, dass man die Probleme, die man heute hat, nicht durch eine Ablehnung von Technik löst. Aber durch ein anderes Verhältnis bzw. durch eine andere Gestaltung von Technik lösen kann. So, gut, dann noch was zu...

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Letzter Absatz von 2.1.2. Das habe ich letztes Mal schon kurz angesprochen... Ich muss gestehen, ich habe immer noch keinen Formulierungsvorschlag. Also, der anfängt mit:

„Die Kommission ist Chance und Verpflichtung zugleich...“

Der zweite Satz:

*„Damit die Kommission ein neues Grundvertrauen aufbaut, **müssen** die Empfehlungen und Kriterien auch wegweisend für den Umgang mit komplexen Technologien sein, um künftige Gefahren zu vermeiden.“*

Das stimmt für mich einfach nicht. Also, erstens Mal finde ich den Anspruch „*neues Grundvertrauen aufzubauen*“ sehr groß und ich glaube nicht, dass das so ursächlich zusammenhängt... Dass wir also Empfehlungen und Kriterien für den Umgang mit neuen komplexen Technologien geben müssen, damit wir in der Lage sind, Grundvertrauen aufzubauen. Das hängt für mich von anderen Dingen, vorrangiger - viel vorrangiger - ab. Also der Satz stimmt für mich einfach nicht. Und der zweite Satz:

“Das erfordert Glaubwürdigkeit, Vertrauen und Akzeptanz.“

Das ist für mich ein Zusammenwürfeln von drei Begriffen, die aber auf ganz unterschiedliche Personen abzielen. Glaubwürdig müssten wir sein, Vertrauen muss irgendwo aufgebaut sein und Akzeptanz müsste dann die Gesellschaft bringen. Also, da hab ich das Gefühl, da stecken jetzt irgendwie in diesen zwei Sätzen ganz viele Begriffe drin, die für uns wichtig sind, aber nicht im richtigen Zusammenhang.

Ich weiß auch nicht ganz genau, was damit gemeint ist. Wenn ich das ganz genau wüsste, dann könnte man vielleicht vorschlagen, wie man das ordnet. Aber so finde ich, macht es nicht richtig Sinn, was da steht.

Vorsitzender Michael Müller: Also, das Grundvertrauen ist ja eines der Kernprobleme heute. Ich empfinde das jedenfalls so, dass wir viele Probleme deshalb nicht lösen können, weil jeder jedem so misstraut, dass es gar kein Vertrauen gibt. Und deshalb steht hier das mit dem Grundvertrauen. Also wir müssen, sozusagen, zeigen, dass wir die Probleme so bearbeitet haben, dass uns niemand vorwerfen kann, wir würden sie nicht ernst nehmen, wir würden da nur taktisch mit umgehen. ... (Zuruf von Sylvia Kotting-Uhl)... Ja, aber das ist doch der Hintergrund. Und es steht hier auch nicht, dass wir damit sagen, wie der Umgang mit Technik ist, sondern dass wir wegweisend sein wollen. Das ist was anderes. Aber ...

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Aber was hat das mit dem Vertrauen zu tun?

Stefan Wenzel: Also, im Kern geht es doch um eine Entscheidung, die am Ende nur akzeptiert werden kann, wenn ich einem Konsortium von Experten, Prozessen, Verfahren vertraue und davon praktisch dann ableite, dass die geforderte Sicherheit nach dem Atomgesetz auch erfüllt ist – oder nach dem Standortauswahlgesetz. Weil, ich als einzelner Mensch, kann mich ja in letzter Konsequenz gar nicht davon überzeugen, ob das, was am Ende mal getroffen wird als Entscheidung, tatsächlich nach menschlichem Ermessen sicher ist. Ich muss vertrauen auf das, was wir jetzt... was die Gesellschaft da an Mechanismus schafft, um am Ende so eine Entscheidung zu treffen. Und wenn ich nur Misstrauen habe und glaube, dass alle nur korrupt sind und alle nur Mist machen, dann komme ich nie zu einer Entscheidung.

Insofern kann ich da etwas mit anfangen, mit dem Grundgedanken.

Aber hier fehlt irgendwie ein Wort:

*„Damit die Kommission ein neues Grundvertrauen aufbaut, müssen die Empfehlungen und Kriterien auch wegweisend für den Umgang mit komplexen Technologien sein, um künftige Gefahren **zu vermeiden**.“*

Nicht „*vermieden*“, sondern „*zu vermeiden*“.

Vorsitzender Michael Müller: Also, mein Vorschlag wäre, dass wir da nochmal das etwas – wir haben das natürlich auch am Ende unter dem Druck, alles knapp zu fassen, vielleicht auch zu kurz manchmal geschrieben. Aber ich will mal so sagen: Ich finde, eines der Kernprobleme der heutigen Gesellschaft ist, dass wir kein Grundvertrauen mehr haben. Also beispielsweise ein Grundvertrauen, das unbeschadet, sozusagen, individueller oder politischer Ausrichtung... Im Kern ist das richtig und dem vertrauen wir. Das ist genau das Problem, was heute zu wenig da ist.

Erhard Ott: Also, ich finde den Begriff „Grundvertrauen“ in dem Zusammenhang wirklich auch wichtig, weil - wenn ich an die Anfänge hier der Kommissionsarbeit denke -, war das ja eine ausgesprochen schwierige Situation zu einer Arbeitsform zu kommen. Das setzt erstmal - ein Stück weit über alle politischen oder Positionen hinweg - also ein gewisses Vertrauen zwischen den Kommissionsmitgliedern voraus. Und das heißt noch nicht, dass Positionen aufgegeben werden. Und von daher, denke ich, sind wir da auf dem Weg... Michael, Du hast ja Recht, also möglicherweise ist das ein bisschen zu kurz gefasst. Wen trifft Glaubwürdigkeit, Vertrauen, Akzeptanz?

Die Adressaten oder Absender müssten da eigentlich konkreter benannt werden. Aber ansonsten, von der Tendenz her, finde ich das erstmal richtig, dass hier rein zu formulieren.

Stefan Wenzel: Also, an einer anderen Stelle müsste eigentlich stehen in dem vorletzten Satz:

*„Das erfordert Glaubwürdigkeit, **Transparenz** und Akzeptanz.“*

Weil den Begriff „Vertrauen“ hier nochmal zu wiederholen, macht eigentlich keinen Sinn. Der steht im Satz davor.

Vorsitzender Michael Müller: Gut, also mein Vorschlag ist jetzt, dass wir darüber nochmal versuchen, das klarer zu fassen. Aber ich bleibe dabei - jetzt mal unbeschadet der Position, die jeder Einzelne hat: Ein gewisses Maß an Grundvertrauen braucht man, um, sozusagen, komplexe gesellschaftliche und technische Problem bewältigen zu können. Und das ist nicht nur Vertrauen, das ist Grundvertrauen. Das ist noch etwas anderes.

Also, wir gehen da nochmal drüber und versuchen, das klarer zu machen.

So, dann 2.1.3.

Abg. Steffen Kanitz: Erster Absatz, also bis zu dem Satz kann ich mitgehen:

„Ziel muss es sein, die Gefahren zu minimieren und die Chancen moderner Technologien zu nutzen.“

Das, was danach kommt:

„Allerdings sind für diese reflexive Bewertung und Gestaltung bisher die programmatischen und institutionellen Voraussetzungen in Wirtschaft und Gesellschaft erst unzureichend vorhanden.“

...würde ich bezweifeln und zwar mit dem gleichen Argument, das ich gerade schon gebracht habe, also: Das Thema Fracking, CO₂-Speicherung, Gentechnik scheitert an den, ja sozusagen, gesellschaftlichen Voraussetzungen, weil die Gesellschaft dagegen ist.

Das Thema Büro für Technikfolgenabschätzung, REACH, das Thema Grenzwerte für wassergefährdende Stoffe – ich komme nun mal aus dem Bereich der Trinkwasserwirtschaft – das ist für mich der institutionelle Rahmen, den wir haben und der in Deutschland sehr, sehr hoch ausgeprägt ist, und sehr risiko-avers ausgeprägt ist. Deswegen wäre mein Wunsch, weil es ein bisschen das, was wir so haben, auch abqualifiziert und das finde ich, ist nicht richtig - ich würde den Satz eigentlich am liebsten hier streichen wollen, weil der Satz davor, das sagt, was wir sagen wollen.

Vorsitzender Michael Müller: Dann streichen wir ihn, obwohl ich beispielsweise... Ich will nur eine Bemerkung machen:

Der Bundestag leistet sich mit dem „TAB“ eine teure Einrichtung, dessen Berichte vier Leute im Bundestag bekommen, wo man von Glück reden muss, wenn die die lesen. Wo wir von noch größerem Glück reden müssen, wenn die im Forschungsausschuss auf der Tagesordnung stehen – von noch größerem Glück reden muss, wenn darüber diskutiert wird. Wenn man vom allergrößten

Glück reden muss, wenn es dann noch - zu einer anständigen Zeit im Bundestag - auf die Tagesordnung kommt. In der Regel ist das **nie** der Fall. Und fast alle wirklich wichtigen Fragen werden von denen behandelt und zwar folgenlos für die politische Debatte. Und ich finde das eigentlich skandalös. Ich sage das jetzt mal hier. Aber wir können den Satz auch streichen, weil das ja vorher gesagt ist.

So, zweiter Absatz und weiter.

Abg. Steffen Kanitz: Die drei Spiegelstriche...

„- Schäden müssen überschaubar und damit versicherbar sein.“

Dieses „versicherbar“ hab ich jetzt mehrmals schon gehört, mir erschließt sich das nicht so ganz. Also, was ich glaube...also, was wir wollen, ist doch: Sie müssen überschaubar sein und wir müssen die Verantwortung klar verordnen können. Dieses „versicherbar“ ist mir nicht ganz klar; ich würde eigentlich eher, sozusagen:

*„- Schäden müssen überschaubar und **verantwortbar** sein.“*

Also, ich sage mal, der Punkt ist, sozusagen, dass es keine Versicherung gibt, die gegen einen GAU versichert?

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Kalkulierbare Risiken...

Abg. Steffen Kanitz: Aber ob das „versicherbar“, sozusagen, als Terminus technicus feststeht oder „kalkulierbar“ oder „verantwortbar“?

Stefan Wenzel: Das zielt doch ab auf die Tatsache, dass wir heute nur bis 2,5 Mrd. versichern und damit nur einen Bruchteil des eigentlichen Schadens. Also bei jedem anderen Ereignis würde man ja heute den Verursacher in Haftung nehmen. Und hier haben wir ein Risiko, von dem wir wissen, wenn es eintritt, könnte der Verursacher gar nicht in Haft genommen werden, weil es

seine Möglichkeiten um ein Tausendfaches übersteigt.

Vorsitzender Michael Müller: Wenn ich noch sagen darf: Der Kern in der Risikogesellschaft - in der Beschreibung der Risikogesellschaft - ist, dass er aufzeigt, dass in der ersten Moderne die Versicherungsidee entstanden ist und damit, sozusagen, die Absicherung von Risiken. Und der unterscheidet ja, dass es heute nicht mehr um Risiken geht, sondern auch um Gefahren. Und dass die Gefahren eine Dimension annehmen, die im Grunde genommen mit dem traditionellen Versicherungsschutz nicht mehr abdeckbar sind, beispielsweise Klimaänderungen usw. Wenn das hier zu kurz ist, kann man das erklären. Aber der Gedanke, dass der Versicherungsschutz auf einen anderen technischen gesellschaftlichen Zusammenhang ausgerichtet ist, den - finde ich - muss man schon klar machen.

Herr Ott.

Erhard Ott: So ein Kraftwerk, ein konventionelles Kraftwerk, was in die Luft geht, ist überschaubar - das ist bei Kernkraftwerken eben nicht mehr der Fall.

Und genau das ist das Problem, insofern waren in der Vergangenheit Risiken auch kalkulierbar, die waren zu verantworten und damit auch versicherbar. Was bei den Problemen, über die wir reden, jetzt in der Tat nicht mehr der Fall ist.

Vorsitzender Michael Müller: Wir machen das aber klarer, wir machen das nochmal... (mehrere Zurufe) ... Nicht nur das: Es gibt beispielsweise eine Studie der Bundesregierung, die nachweist, wenn beispielsweise in der Rhein-Main-Region ein Chlorunfall passieren würde, der hätte eine Dimension, die nicht finanzierbar ist. Es gibt da eine sehr interessante Studie. Aber das will ich gar nicht schreiben jetzt.

Ich finde, hier geht es nur um das Prinzip. Weiter!

2.1.3 noch was?

Ja bitte.

Abg. Steffen Kanitz: Seite 7, zweiter Absatz:

„Entscheidend für eine reflexive Moderne ist die Erkenntnis, dass die Entwicklung und Nutzung der Technik ein sozialbestimmter Prozess ist.“ Okay. *„In ihn fließen technische Fähigkeiten und Innovationen ebenso ein wie wirtschaftliche Interessen, gesellschaftliche Zustimmung und soziale Werte und kulturelle Akzeptanz.“* Okay.

So, letzter Satz:

„Fortschritt ist demnach nicht zuerst eine Frage technischer Möglichkeiten, sondern der sozialen und ökologischen Verträglichkeit...“

Also, das sehe ich anders: Ich glaube in der Tat, dass Fortschritt natürlich mit technischen Möglichkeiten zusammenhängt - aber in unserem Fortschrittsverständnis natürlich mit der sozialen und ökologischen Verträglichkeit einhergehen muss.

Vorsitzender Michael Müller: Dann schreiben wird doch...

Abg. Steffen Kanitz: „...nicht ausschließlich“

Vorsitzender Michael Müller: Dann schreiben wir doch „...nicht nur“.

Abg. Steffen Kanitz: „...nicht nur“ oder „...nicht ausschließlich“. Einverstanden.

Dann müsste nur nach dem „sondern“ stehen: *„ebenso der sozialen und ökologischen Verträglichkeit“* – dann passt das.

Vorsitzender Michael Müller: Noch etwas?
Dann kommen wir zu 2.1.4.

Abg. Sylvia Kottling-Uhl: Also ich habe nur am Ende... Da geht es im letzten Absatz um die Pfade, da werden nochmal die *Pfade* genannt:

„...Kriterien für unterschiedliche Pfade auf, die zu einer möglichst sicheren Verwahrung...“

Und das ist nicht so. Also, wir beschreiben zwar die unterschiedlichen Pfade im Bericht, aber Kriterien zeigen wir nur für einen Pfad auf.

Abg. Ute Vogt: Dann macht doch einfach:

„...zeigt Kriterien auf.“

...und lasst die *Pfade* ganz weg.

Vorsitzender Michael Müller: Das ist genau der vorletzte Absatz. Dann schreiben wir doch einfach:

„...zeigt Kriterien für eine möglichst sichere Lagerung...“ oder *„...bestmögliche Lagerung auf.“*

Ja, und dann wieder die *„bestmögliche“*, ja.

Abg. Steffen Kanitz: Am Anfang von 2.1.4., also Seite 7 im ersten Absatz in der Mitte:

„Bedürfnisse werden in einem weiten Sinne verstanden und umfassen ökologische, soziale und gesellschaftliche Ziele.“

Also, da fehlen mir die ökonomischen, und die sozialen und gesellschaftlichen sind - aus meiner Sicht - schwer abzugrenzen gegeneinander. Also, ich würde sagen:

„...ökologische, gesellschaftliche und ökonomische Ziele.“

Vorsitzender Michael Müller: Jaja, das ist hier ein Schreibfehler. Entschuldigung.

Abg. Steffen Kanitz: Ja? Okay.

Vorsitzender Michael Müller: Das ist ein Schreibfehler...soziale und ökonomische...

Abg. Steffen Kanitz: Hm.

Vorsitzender Michael Müller: Jaja, Entschuldigung, das ist hier ein Schreibfehler.

Abg. Steffen Kanitz: Ja, ist gut, alles klar, kein Problem.

Vorsitzender Michael Müller: Das ist da durchge-
rutscht.

Abg. Steffen Kanitz: Dann würde ich nochmal:
Die drei Spiegelstriche auf Seite 8 direkt am An-
fang – also die zentralen Aufgaben, die sich erge-
ben - in der Mitte:

*„- neues Wissen von dem zu erarbeiten, was
künftig sein darf...“*

Also, was künftig sein darf, damit tue ich mich
schwer. Wir versuchen überall, sozusagen, Wahl-
möglichkeiten zu schaffen...

Vorsitzender Michael Müller: Dann schreiben
wir:

„...sein soll...“

Abg. Steffen Kanitz: Ja, genau: „...was sein kann“
oder „...was sein soll“. Ja, okay.

Vorsitzender Michael Müller: Gut. Noch etwas?

Abg. Steffen Kanitz: Nächster Absatz in der
Mitte:

*„Das ist auch ein Schritt, um der technisch-
ökonomischen Entwicklung ihre vermeintli-
che Schicksalhaftigkeit zu nehmen.“*

Also, das ist mir - ehrlich gesagt - nicht klar, ge-
nauso wie der Satz, der dann hinterher folgt:

*„Die Neutralität von Technologien ist ein
Mythos.“*

Wer behauptet, dass Technologien neutral sind?
Und wer behauptet, dass die Entwicklung von
Technologien einer vermeintlichen Schicksals-
haftigkeit unterliegt? Also das ist mir nicht klar.

Vorsitzender Michael Müller: Also, ich habe
nichts dagegen, wenn man dies alles jetzt redu-
ziert. Obwohl, es ist so, dass sich vor allem in
den letzten Jahrzehnten so ein Glaube herausge-
stellt hatte, dass Technologien neutral sind. Aber
wir können das auch streichen, wenn man hier
der Meinung ist, das ist keine Debatte. Aber das
war ja im Grunde genommen der Anfang für die
Technikfolgenberatung - genau dieser Satz.

Abg. Steffen Kanitz: Also mir ist nicht klar, was
eine neutrale Technologie ist.

Vorsitzender Michael Müller: Neutral - dass sie
in der Gesellschaft überall unabhängig von son-
stigen Bedingungen eingesetzt werden kann. Aber,
wir können das auch streichen. Das ist für mich
kein zentraler Punkt...aber ich fand das so schön
mit der vermeintlichen Schicksalhaftigkeit - das
fand ich schon schön.

Was machen wir?

Zurufe

Abg. Steffen Kanitz: Ich beantrage Streichung!
(Lachen)

Vorsitzender Michael Müller: Nach „34“ strei-
chen bis einschließlich „35“ – habe ich das so
richtig verstanden?

Abg. Steffen Kanitz: Ja.

Vorsitzender Michael Müller: Und dann direkt
weiter mit

„Nachhaltigkeit ist keine Abkehr...ein Bruch...“

Jaja, **ein** Bruch - das ist ein Schreibfehler.

So, noch etwas? Ja.

Abg. Steffen Kanitz: Wenn wir einmal dran sind: In dem gleichen Absatz, also beginnend mit „Nachhaltigkeit ist keine Abkehr“. So und jetzt haben wir einen Satz, der da beginnt:

„Die Menschheit kann der gewachsenen Verantwortung nur gerecht werden, wenn zugleich das Bewusstsein wächst, dass das frühzeitige Erkennen problematischer Folgen für einen verantwortlichen Entwicklungspfad entscheidend ist.“

Ich glaube, **auch da** haben wir möglicherweise unterschiedliche Auffassungen. Das mag in der Vergangenheit ein ernsthaftes Problem gewesen sein. Wir sind Vorreiter beim Klimaschutz, egal ob man jetzt sagt, das ist immer noch zu wenig oder wir gehen vielleicht ein bisschen davon zurück.

So, wir sind Vorreiter bei den weltweiten Sicherheitsstandards, ich habe es gerade gesagt, in Sachen TTIP – nicht umsonst gibt es da die Ängste. Wir erwecken, finde ich, ein Stück weit in diesen Formulierungen den Eindruck, als gäbe es den Standard „Made in Germany“ nicht. Und den gibt es schon. Der ist auch weltweit einzigartig. Und daher ist mir das... Also die Menschheit bezieht, sozusagen, alle mit ein – aber mir ist der Blick auf Deutschland da, wenn wir uns damit implizieren, zu... zu negativ. Vor allen Dingen, wenn ich mir dann danach den Satz anschau.

„Aber das ist immer weniger möglich, weil trotz der...“ - „der“ müsste es da, glaube ich, heißen – „...hohen Wissensbestände die Folgen oftmals über das Wissbare und Vorhersehbare weit hinausreichen.“

Also...

Vorsitzender Michael Müller: Das ist aber leider so.

Abg. Steffen Kanitz: (Lachen)

Vorsitzender Michael Müller: Wir wissen nicht, wo Kippunkte sind - wir wissen das nicht. Das

weiß auch die Naturwissenschaft nicht...Das ist ja eines unserer Kernprobleme... und das ist ja auch die zentrale Debatte in der Philosophie der Verantwortung.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Also, ich finde das schon ganz wichtig. Weil das begründet eigentlich, warum. Also es sagt ja im nächsten Absatz:

„Für Nachhaltigkeit gibt es deshalb keine Blaupause, sondern regulative Prinzipien.“

Und dafür ist das eigentlich wichtig. Da geht es ja um das Nichtwissen, mit dem wir arbeiten müssen und das wir einfach einbeziehen müssen. Wir können nicht alles wissen, aber wir wissen, dass die heutigen hochkomplexen Technologien Folgen generieren können, die wir dann nicht bewältigen können. Das ist das, was wir wissen. Aber wie das im Einzelnen dann aussieht, das wissen wir eben nicht.

Stefan Wenzel: Das ist ja im Grunde auch etwas, was unsere Generation oder die davor, das erste Mal erfahren hat. Ich denke, dass die ganzen Generationen davor immer der Auffassung waren, ihr Handeln war **eh nicht** einflussreich genug, um solche Mechanismen zu beeinflussen. Und im Grunde ist Atom das Erste gewesen, wo man gemerkt hat: Da sind Dinge, die laufen völlig ins Unbeherrschbare – Klima ist so ein ähnliches Thema...was solche Entwicklungen zeitigen kann.

Vorsitzender Michael Müller: Ich mache Dir einen Vorschlag. Darf ich den machen? Ich mache Dir den Vorschlag, dass wir:

1. Satz „Nachhaltigkeit ist keine ...“
2. Satz: „Denn mit dem Zuwachs an technischer Macht nehmen auch die Wirkungen auf die Zukunft zu.“

Und dann weiter:

*„Idealerweise **müsste** das gesicherte Wissen der Folgenkette gleichkommen.“*

Da nehmen wir den Satz dazwischen raus. Und dann geht es da weiter:

„Aber das ist immer weniger möglich...“

Das ist in der Tat durch die Komplexität und die Fernwirkung immer weniger möglich. Das ist ja gerade, sozusagen, das Kernproblem in der Modernisierungsdebatte: dass wir auf der einen Seite immer mehr Ausdifferenzierung, immer mehr Beschleunigung, immer mehr Arbeitsteilung haben. Und auf der anderen Seite gerade dadurch immer mehr Formen der Kompatibilität, der Integration, der Koordination haben müssten. Und weil das nicht da ist, fällt das Wissen immer mehr auseinander.

Also ich würde jetzt den Satz dazwischen weglassen und dann ist das, aus meiner Sicht, in sich schlüssiger.

Noch etwas?

Gut, dann kommen wir zu den „Zehn Grundsätzen“.

Abg. Steffen Kanitz: Erst nochmal: Über den Satz 7 bin ich nur an der Stelle gestolpert, also Satz 7 auf Seite 9:

„Im Sinne größtmöglicher Transparenz müssen alle Daten und Informationen der Kommission wie auch weiterer Entscheidungen zur Lagerung radioaktiver Abfälle veröffentlicht...“

So. Wir sind uns völlig einig darüber, dass es genauso richtig ist. Ich überlege nur, wenn das die Leitsätze für die Arbeit der Kommission sind - das kann Ergebnis der Kommission sein, aber das kann ich doch nicht als Leitsatz, sozusagen, reinschreiben. Als Leitsatz könnte ich reinschreiben: „sollten“, meine ich.

Wie gesagt, als Ergebnis der Kommission, völlig d'accord - ich glaube, da sind wir uns einig. Aber wenn der Leitsatz, sozusagen, die Arbeit beschreiben soll, dann können wir noch nicht wissen, ob wir die Ergebnisse vorwegnehmen sollen. Deswegen würde ich da erstmal...

Vorsitzender Michael Müller: Da schreiben wir „sollen“.

Abg. Steffen Kanitz: „Sollen“ oder „sollten“, genau.

So, und dann war die Frage, Herr Voges, zu dem Leitsatz 8: Wir haben beim letzten Mal über das Verursacherprinzip gesprochen. Also entweder habe ich da etwas falsch mitgeschrieben - dann können Sie mich gerne korrigieren - jedenfalls ist das, was da jetzt steht, irgendwie... Also ich habe mitgeschrieben - Leitsatz 8 am Ende, der beginnt mit:

„Unbestritten ist das Verursacherprinzip...“

So, da habe ich mir mitgeschrieben:

„Unbestritten haben die Betreiber der Kernkraftwerke und ihre Rechtsnachfolger im Rahmen des Verursacherprinzips ... zu haften, die auf ihre Stromerzeugung zurückgehen.“

So hatten wir das beim letzten Mal besprochen. Und so habe ich das mitgeschrieben.

Vorsitzender Michael Müller: Ja, aber ist das nicht das Verursacherprinzip?

Abg. Steffen Kanitz: Ja, klar. Ich habe es nur so aufgeschrieben beim letzten Mal. Deswegen wundert es mich.

Vorsitzender Michael Müller: Also, wir haben das so verstanden, Entschuldigung. Und ich meine, ich weiß nicht, was das für eine Wirkung hätte, wenn wir das Verursacherprinzip nicht reinschreiben.

Abg. Steffen Kanitz: Nein, nein! Ich habe ja das Verursacherprinzip drin stehen. Ich hatte jetzt mir mitgeschrieben:

„Unbestritten haben die Betreiber der Kernkraftwerke und ihre Rechtsnachfolger im Rahmen des Verursacherprinzips...“

Vorsitzender Michael Müller: Ach so. Also, dann haben wir das falsch verstanden.

Abg. Steffen Kanitz: Es ist kein anderer Inhalt. Nein, nein. Es geht mir nur darum...

Vorsitzender Michael Müller: Na okay, dagegen habe ich nichts. Dann habe ich das falsch verstanden.

Abg. Ute Vogt: Auf den Satz 7 zurück – das bezieht sich doch aber nur, diese Öffentlichkeit, nicht auf die Frage, was künftig bei der Standort-suche sein muss, sondern da steht ja:

„...alle Daten und Informationen der Kommission...“,

also unsere eigenen. Da wir das im Grunde auch selbst tun - also im Grunde beschreibt das ja unsere Arbeit. Und das, finde ich, ist schon ein wichtiger Aspekt, dass unsere... dass so wie wir arbeiten, ist ja neu für ein Bundestagsgremium. Dass man im Grunde keine Geheimsitzungen hat, sondern alles, auch jedes Schriftstück, öffentlich ist. Ich finde, das kann - und so hatte ich das verstanden - nicht für die Standortsuche, sondern für... Da steht *„...alle Daten und Informationen der Kommission...“*, und dann *...“...wie auch weiterer Entscheidungen...“*

Abg. Steffen Kanitz: Das Problem ist nicht die Kommission, da haben Sie Recht. Frau Vogt hat völlig Recht, was die Kommission anbelangt, ja. Aber der zweite Teilsatz:

„...wie auch weiterer Entscheidungen zur Lagerung radioaktiver Abfälle ...“

Das sind die Entscheidungen, die in die Zukunft gerichtet sind, beispielsweise Bundestagsentscheidungen. Den Anspruch hab ich auch und den kann auch die Kommission haben.

Abg. Ute Vogt: Da machen wir dann noch so *“...und sollen...“* oder so.

Vorsitzender Michael Müller: Ja, können wir es nicht so machen:

„Im Sinne größtmöglicher Transparenz werden alle Daten und Informationen der Kommission veröffentlicht und es sollen auch...“

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Um im Stil der anderen Leitsätze zu bleiben, würde ich vorschlagen:

„Größtmögliche Transparenz fordert, alle Daten und Informationen...“ usw. *„...allgemein zugänglich zu machen.“*

Vorsitzender Michael Müller: Ja, *„erfordert“*.

„...öffentlich zu machen“ – das soll auch...

Weitere Anmerkungen? Ja?

Abg. Steffen Kanitz: Leitsatz 9, dritter Satz:

*„Die reflexive Modernisierung arbeitet den Grundgedanken heraus, dass die moderne Industriegesellschaft unerwünschte Nebenfolgen **erzeugt**...“*

Also sie *„kann“*...

Vorsitzender Michael Müller: *„...erzeugen kann...“*

Abg. Steffen Kanitz: *„Kann“*...Also, sie *„kann“* – okay, einverstanden.

So und dann würde ich den nächsten Satz auf der nächsten Seite:

„Daraus ziehen wir Schlussfolgerungen...“

Das ist genau der Punkt, ich sehe das in der Tat auch so: Wir ziehen daraus Schlussfolgerungen, die nicht nur die Nutzung der Kernenergie betreffen. Aber ob das ein Leitsatz für die Arbeit der Kommission sein kann und hier schon reingehört, das würde ich bezweifeln. Also nochmal...

Vorsitzender Michael Müller: Ist mir egal, weil das eigentlich im Punkt 10 steht.

Abg. Steffen Kanitz: Und dann... hätte ich dann, wenn ich darf, auch letzte Anmerkungen zu den beiden letzten Sätzen. Das wär genau die Frage:

„Neue Techniken und industrielle Entwicklungen sind dabei frühzeitig auf schädliche oder nicht beherrschbare Nebenfolgen zu prüfen.“

Vorsitzender Michael Müller: „...sollen deshalb...“

Abg. Steffen Kanitz: Ja, genau, also den Anspruch kann ich haben. Die Frage ist auch da: Ist es, sozusagen, jetzt in einem Leitsatz der Kommission richtig oder ist es Ergebnis der Kommissionsarbeit?

Vorsitzender Michael Müller: Deshalb sage ich das:

„...sollen deshalb...geprüft werden.“

So ich habe jetzt:

„...sollen deshalb/dafür frühzeitig...“

Stefan Wenzel: Ich habe noch einen Punkt in 2.

Vorsitzender Michael Müller: Ja, bitte.

Stefan Wenzel: Da geht es um die Frage

„...der heutige Wissensstand...“

Da würde ich vorschlagen zu schreiben – sind meine Änderungsvorschläge zur Kenntnis gekommen?

Jürgen Voges (Geschäftsstelle): Diese sollten laut Begleitmail nicht verschickt werden, aber wir können sie als Tischvorlage verteilen.

Stefan Wenzel: OK, das war auch nicht so gemeint (Lachen) Ich wollte nur, dass es in die Verfügungsgewalt...

Vorsitzender Michael Müller: Und ich habe es noch nicht gekriegt... (Lachen)

Stefan Wenzel: Damit der Vorsitzende damit die Gruppe informieren kann. Also, da habe ich eine kleine Umformulierung auf Seite 8. Da heißt es dann:

„...der die bestmögliche Sicherheit nach dem jeweils aktuellen Stand von Wissenschaft und Technik gewährleisten muss...“

Weil, wir beziehen uns ja immer auf das Kalkar-Urteil mit diesem Satz. Und das Kalkar-Urteil geht ja immer mit diesem „bestmöglichen“-Begriff um, der stammt ja aus dem Kalkar-Urteil. Und der „aktuelle Stand von Wissenschaft und Technik“ stammt als Begriff auch als Teil der Technikformel aus diesem Kalkar-Urteil. Deswegen würde ich gerne nicht mehr Formulierungen haben, die hinterher, wenn man da mal nach zehn Jahren draufguckt, sagt: Na okay, die haben das damals nach ihrem Wissen zum damaligen Zeitpunkt gemacht. Aber in 10 Jahren wird man sagen: Wir sind ja heute viel schlauer. Dann brauchen wir das möglicherweise gar nicht mehr so ernst nehmen.

Und das wollte das Kalkar-Urteil ja damals vermeiden.

Vorsitzender Michael Müller: Ich halte das für machbar. Ja?

Abg. Steffen Kanitz: Nein! Das halte ich explizit nicht für machbar. Das ist die alte Debatte, Herr Wenzel, die wir auch in der AG 3 unter anderem immer wieder führen. Das ist genau der Unterschied. Ich kann eben - und das ist möglicherweise auch ein Unterschied mit den Grünen, wenn wir über Konrad sprechen -, ich kann ein Planfeststellungsverfahren nur auf einen einmaligen

gen Stand von Wissenschaft und Technik aufsetzen. Ich kann ihn nicht ständig revolvierend neu machen. Ich glaube, dass der nächste Satz

„Sie versucht dabei, die Freiheits- und Selbstbestimmungsrechte künftiger Generationen ... zu bewahren, ohne den notwendigen Schutz ... einzuschränken.“

impliziert, dass das Verfahren auf neue Erkenntnisse reagieren muss. Aber der aktuelle Stand Wissenschaft und Technik und der Bezug darauf ist ein fester Terminus und den können wir jetzt, sozusagen, nicht ständig erneuernd da reinnehmen. Also, da bin ich explizit gegen.

Vorsitzender Michael Müller: Kann ich vielleicht noch einen Kompromissvorschlag machen, der einfach heißt:

„... der die bestmögliche Sicherheit gewährleistet.“

Abg. Steffen Kanitz: Ja.

Vorsitzender Michael Müller: Ja?

Stefan Wenzel: Einmal in der Sache, Herr Kanitz, ich erfinde da nichts neu. Sondern das was ich da - wir haben das ja auch nochmal in dem Beschluss im Bundesrat zum Ausdruck gebracht bei der letzten Sitzung - das sind alles Originalzitate aus dem Planfeststellungsbeschluss. Und die beziehen sich alle originär auf dieses Gerichtsurteil. Also, es ist nichts, was wir uns ausgedacht hätten. Wir sagen da nur, was im Planfeststellungsbeschluss steht, das muss doch auch in der Praxis umgesetzt werden. Jetzt mit Bezug auf diesen Text könnte ich, glaube ich, mit dem Vorschlag des Vorsitzenden leben, weil wir im Grunde den Passus *„aktueller Stand von Wissenschaft und Technik“* zweimal drin haben; in Satz 3 taucht er ja auch nochmal auf. Und da steht *„aktueller Stand von Wissenschaft und Technik“* – *„Grundlage aller Vorschläge ist der aktuelle Stand von Wissenschaft und Technik“*.

Vorsitzender Michael Müller: Also *„... der die bestmögliche Sicherheit gewährleistet.“*

Stefan Wenzel: Ja okay, da kann ich mit leben. Dann haben wir hinten nochmal, ist dann gesagt *„aktueller Stand“*. Aber ich will da nichts, Herr Kanitz, ich will da nichts Neues erfinden.

Abg. Steffen Kanitz: Also, verstehe ich. Der Punkt ist nur, ich glaube, wenn man so in die Historie guckt: Die vergangenen Verfahren haben natürlich auch daran gekrankt, dass es jedenfalls die Behauptung gibt, dass willkürlich eingegriffen wurde. Und die Sorge, die ich habe, ist bei so einem Passus, dass man sagt: Aha! Das ist, sozusagen, jetzt für die Kritiker; das ist der Anlass, um willkürlich irgendwo reinzugrätschen. Mir ist völlig klar, dass Kriterien auch einer ständigen Überprüfung sich stellen müssen. Das sehe ich ganz genauso. Aber was ich vermeiden möchte ist, dass wir am Anfang das Signal aussenden, dass das was wir jetzt machen, möglicherweise nicht nur morgen überholt werden kann, sondern - wenn es boshaft gemeint ist - von anderen politischen Märkten auch wieder einfach so verändert werden kann. Das meinen Sie nicht, das will ich Ihnen nicht unterstellen. Aber das ist der Punkt, warum ich da jetzt, sozusagen, gerade so interveniert habe. Aber ich finde das - wenn wir das so formulieren, wie Sie das gerade vorgeschlagen haben - dann trägt das den beiden Seiten durchaus Rechnung.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Bei 3. Also, zum ersten: Bei den fünf Leitzielen, was ist gemeint mit der fairen und sozialgerechten Verteilung der Lasten? Ich kann mir das nicht so richtig vorstellen, weil es wird **ein** Endlager geben und da wird erstmal Last sein – und das kann man versuchen auszugleichen – aber wie die sozialgerechte Verteilung der Lasten praktiziert werden soll... Also was meint dieses Leitziel? Das verstehe ich nicht.

Und dann haben wir hier auch wieder einen Satz mit den Pfaden. Was meint der ergebnisoffene

Prozess? Ist das unser Prozess in der Kommission? Eigentlich ist das doch dann der ergebnisoffene Prozess; das ist doch der der Suche?

Vorsitzender Michael Müller: Wir schreiben:

„...nach einem ergebnisoffenen Prozess einen Pfad...“

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ja, aber trotzdem, das beantwortet jetzt die Frage noch nicht. Meinen wir den ergebnisoffenen Prozess der Suche später oder unserer Arbeit in der Kommission?

Vorsitzender Michael Müller: Unserer Arbeit in der Kommission.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Aha, okay, dann kann man...

Vorsitzender Michael Müller: Ich sage nochmal:

„...beschreibt nach einem ergebnisoffenen Prozess einen Pfad, der wissenschaftlich fundiert ist und größtmögliche Sicherheit zu gewährleisten vermag.“

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Und jetzt bräuchte ich für mich noch die Erklärung, was die faire und sozialgerechte Verteilung...

Vorsitzender Michael Müller: Das ist ein ausdrücklicher Wunsch von Herrn Grunwald gewesen. Er hat ihn auch begründet, dass wir zu wenig daran denken, welche Konsequenzen das in der sozialen Gerechtigkeit hätte. Ich gebe das nur jetzt so wieder.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ja, aber wir müssen ja wissen, was damit gemeint ist.

Vorsitzender Michael Müller: Der meint damit vor allem Kostenbelastung usw.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Aber es muss doch auch praktikabel sein? Wie stellen wir uns das vor? Wie verteilen wir das am Ende sozial gerecht?

Vorsitzender Michael Müller: Ich sage es jetzt nochmal: Ich habe das übernommen. Wir hätten aber auch schreiben können

„...ein faires und gerechtes Verfahren...“

Da bleibe ich dabei. ... (Zuruf Sylvia Kotting-Uhl)... Ja gut, aber wenn wir in dieser Kommission der Meinung sind, dann nehmen wir die ursprüngliche Formulierung wieder. Ich habe nichts dagegen. Das war meine... Bitte.

Erhard Ott: Also, ich verstehe die sozialgerechte Verteilung in dem Zusammenhang jetzt überhaupt nicht.

Vorsitzender Michael Müller: Ja, es ist seine Formulierung.

Erhard Ott: Er kann das erläutern, was er da konkret mit meint. Ansonsten würde ich auf die ursprüngliche Formulierung zurückkommen.

Vorsitzender Michael Müller: Also bleiben wir bei unserem ursprünglichen Vorschlag:

... ein faires und gerechtes Verfahren...

Gut. Noch was zu den Leitsätzen?

Dann gehe ich jetzt davon aus, dass 2.1 damit durch ist. Ja?

Stefan Wenzel: Was wir jetzt in den Leitsätzen geändert haben, übernehmen wir das dann auch für Teil A?

Vorsitzender Michael Müller: Für Teil A, ja. Das wird alles immer 1:1. Also, das ist der einzige Punkt, wo wirklich alles 1:1 ist. Der muss auch sein.

Abg. Steffen Kanitz: Sind Sie so freundlich, dass noch einmal herumschicken?

Vorsitzender Michael Müller: Ja.

Also, ich gucke, ob ich das heute hinkriege. Sonst über das Wochenende. Die Frage ist: Gehen wir jetzt zurück zu 1, oder? Na, ich meine, weil wir dann A jetzt fertig machen könnten - deshalb frage ich nur.

Dann können wir das nämlich in die Kommission reingeben. Mir ist das egal.

Gut. Mir ist das egal. Nur, dann hätte man es auf jeden Fall in die Kommission reingeben können. Dann machen wir das jetzt weiter.

Also 2.3 dann.

Mein Grundvorschlag ist: Wir gehen jetzt, weil wir das ja noch nie behandelt haben, einmal durch. Dann wird es überarbeitet?

Abg. Steffen Kanitz: Ja.

Vorsitzender Michael Müller: Gut, 2.3!
Gibt es dazu Wortmeldungen?

Abg. Steffen Kanitz: Zweiter Absatz, beginnt am Ende mit:

„Dabei ist Plutonium, das alle Reaktoren produzieren, eine Verbindung zwischen Atomreaktor und Atombombe.“

Also diesen Satz finde ich deswegen ein bisschen schwierig, weil er suggeriert, dass wir waffenfähiges Plutonium in KKWs haben - in großer Anzahl. Also, selbst wenn wir alle KKWs in Deutschland zusammen nehmen, ist davon nicht eine Atombombe zu bauen. Ja? Deswegen wäre mein Wunsch, die hier an der Stelle zu streichen... diesen Satz, weil er, finde ich, einen Zusammenhang herstellt zwischen der friedlichen Nutzung der Kernenergie im wirtschaftlichen Sinne und der Frage der kriegerischen Nutzung - und den Zusammenhang finde ich schwierig und würde insofern vorschlagen, den Satz hier zu streichen.

Vorsitzender Michael Müller: Dazu Wortmeldungen?

Es müsste eigentlich ausführlicher dargestellt werden.

Abg. Steffen Kanitz: Oder das!

Vorsitzender Michael Müller: Aber das lasse ich jetzt mal. Mein Vorschlag ist: Einfach streichen bis „*Im Zentrum...*“, ja?

Abg. Steffen Kanitz: Hm.

Abg. Ute Vogt: Das kommt ja in dem nächsten Absatz nochmal.

Abg. Steffen Kanitz: Ja genau. Da wird's ausführlicher nochmal beschrieben.

Vorsitzender Michael Müller: Ich meine, man kann natürlich sagen: Ein Terrorangriff auf so ein Ding ist eine Bombe... Gut, aber lassen wir das jetzt. Wir machen:

„... Öffentlichkeit“ Punkt und: „Im Zentrum der Aufmerksamkeit stand...“

Abg. Steffen Kanitz: Darf ich da nochmal nachfragen nach der Bedeutung? Genau diesen Satz:

„Im Zentrum der Aufmerksamkeit stand lange Zeit die Frage der technischen Machbarkeit und nicht die Machbarkeit der Technik.“

Vorsitzender Michael Müller: Ja, ich könnte jetzt gerne einen Satz von Heisenberg hinterher stellen, der nach der Atombombe auf Hiroshima gesagt hat: „Furchtbar, aber es hat geklappt.“

Das meine ich damit.

Er hat gesagt: „...aber es hat geklappt.“

Abg. Steffen Kanitz: Aber was heißt dann Machbarkeit? Machbarkeit...heißt: Ohne unerwünschte Nebenfolgen, oder?

Vorsitzender Michael Müller: Nee, dass es überhaupt machbar ist.

Abg. Steffen Kanitz: Ja, die technische Machbarkeit ist mir klar. Also das ist, sozusagen, klar.

Vorsitzender Michael Müller: Dann schreiben wir doch:

„... aber nicht die Frage nach der Verantwortung in der Machbarkeit der Technik.“

Abg. Steffen Kanitz: Okay, das verstehe ich.

Vorsitzender Michael Müller: Nee „...in der Machbarkeit der Technik...“ Ach, von mir aus, hab ich auch nichts dagegen. Obwohl, ich fand das gerade so schön.

Abg. Steffen Kanitz: (lächelnd) Entschuldigung.

Vorsitzender Michael Müller: Okay, wenn das leichter dann ist.

Dann kommen wir zu 2.3.1 – im ersten Absatz. Gibt es dazu etwas?

Dann kommen wir zu 2.3.2: „Der Aufstieg der nuklearen Stromerzeugung“. Gibt es da etwas?

Also wir haben uns um eine sehr deskriptive Beschreibung - möchte ich mal darauf hinweisen - bemüht. Bitte?

Abg. Ute Vogt: 2.3.3

Vorsitzender Michael Müller: Ja, 2.3.3.

Abg. Steffen Kanitz: Überschrift: Also ich glaube, es ist in der Tat gelungen, das deskriptiv zu gestalten. Aber in der Überschrift „Die Behauptung der Energielücke“ ... also Behauptung impliziert

für mich Lüge; und die Lüge war es nicht. Also in den 50er Jahren war - im Zeitalter des Wirtschaftswunders - natürlich eine tatsächliche Gefahr der Energielücke gegeben. Und daher wäre mein Wunsch, dass wir schreiben:

„Die Energielücke“

Einfach: „Die Energielücke“, zack! Das ist neutral.

Vorsitzender Michael Müller:

„Die Debatte um die Energielücke“

...(Zuruf)... oder auch:

„Die Debatte um eine Energielücke“

So, noch etwas zu 2.3.3?

Dann kommen wir zu 2.3.4: „Klimawandel und Kernenergie“. Ja.

Abg. Steffen Kanitz: Überschrift, genau: „Klimawandel und Kernenergie“, und nicht Atomenergie. Und dann wäre - also ich verstehe, was in dem ganzen Absatz gesagt werden soll. Und das kommt auch ab dem dritten Absatz auf der nächsten Seite. Die Herleitung ist mir unklar. Ich meine, es passt nicht zur Überschrift. Wir sagen: „Klimawandel und Kernenergie“ und beginnen mit: „Der Anfang für den Ausstieg aus der...“

Vorsitzender Michael Müller: Das muss weiter nach hinten – Entschuldigung – hier ist jetzt ein Fehler.

Abg. Steffen Kanitz: Aha, jetzt verstehe ich es. Weil, sozusagen, also... Wir beginnen mit dem dritten Absatz auf Seite 15:

„Daran änderte sich auch nichts durch die Menschheitsherausforderung Klimawandel...“

Da geht es für mich mit Klimawandel los, aber das davor hat mit der Herleitung zum Klimawandel erstmal nichts zu tun. Also, das kommt woanders hin?

Vorsitzender Michael Müller: Das kommt vor 2.3.5. Entschuldigung, das ist durchgerutscht. Da soll das dann rein.
Ein Kapitel später und zwar, das habe ich – Entschuldigung, das ist mir durchgerutscht.

Abg. Steffen Kanitz: Kein Problem.

Vorsitzender Michael Müller: Die ersten beiden.

Und dann heißt das:

*„An der skeptischen...“ oder „...kritischen Grundstimmung änderte auch nichts...“
usw.*

Gibt es dann da weiter – ab Seite 15, Entschuldigung.
Ja, bitte!

Abg. Steffen Kanitz: Vorletzter Absatz beginnt mit:

„Dafür gibt es verschiedene Gründe. In erster Linie, weil sich der nukleare Beitrag auf den Stromsektor beschränkt.“

Also, das ist einfach falsch. Im Bereich der Krebsdiagnostik sind wir, im Bereich der Materialforschung. Also, ein wesentlicher Beitrag für den Stromsektor – das sehe ich in der Tat auch so -, aber der nukleare Beitrag beschränkt sich...

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: im Zusammenhang mit Klimaschutz...

Vorsitzender Michael Müller: Ja, nur mit Klimaschutz, es geht nur um den Energiesektor.

Abg. Steffen Kanitz: Okay.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Die anderen Sachen kommen an einer anderen Stelle nochmal. Also hier geht es nur darum, dass es um Wärme und Verkehr geht.

Vorsitzender Michael Müller: Das kann man nochmal erklären. Also es geht darum, dass alle Untersuchungen zum realen Ergebnis kommen, dass weltweit der Anteil der Kernenergie im Verhältnis zu den Aufwendungen relativ gering geblieben ist. Und auch nur begrenzt gesteigert werden kann. Ich meine, das zeigt - das haben wir hier nicht weiter ausgeführt - die FUSER-Studie ja in aller Deutlichkeit. Die war ja lange Zeit die Grundlage der Internationalen Energieagentur.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Der letzte Satz in diesem Absatz muss noch ein bisschen aufgeräumt werden...

Abg. Steffen Kanitz: Ja, der passt überhaupt nicht.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: „...die hohe Auslastung...“ usw. Da ist irgendetwas verwurschtelt worden...

Vorsitzender Michael Müller: Jaja, da fehlt, dass die Energiewende im Wesentlichen auf **die Vermeidung** hoher Energieeinsätze ausgerichtet ist. Das muss da rein - ich weiß Bescheid.

Abg. Steffen Kanitz: Darf ich da nochmal nachhaken nach diesem jetzt ersten Satz? Also, mir war das im Zusammenhang nicht klar; ich habe es gelesen, aber mir war trotzdem nicht klar, dass sich das nur auf den Klimawandel bezieht. Deswegen wäre mein....

Vorsitzender Michael Müller: Muss das verdeutlicht werden?!

Abg. Steffen Kanitz:

„In erster Linie, weil sich der nukleare Beitrag **im Bereich der Klimapolitik** auf den Stromsektor beschränkt.“

Oder?

Vorsitzender Michael Müller: Die CO₂-Sekung.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Oder: „...der nukleare Beitrag der Stromerzeugung.“, der „...Energieerzeugung...“.

Abg. Steffen Kanitz: Oder so.

Vorsitzender Michael Müller: „...im Energiesektor...“.

Abg. Steffen Kanitz: Danke, gut, verstanden.

Nächster Absatz: Da wird die Kommission genannt. Das ist aber eine andere Kommission als unsere. Da sollten wir dann den richtigen Titel wählen.

Vorsitzender Michael Müller: Na, das steht da aber doch.

Abg. Steffen Kanitz: Nee.

Vorsitzender Michael Müller: Ach so, das ist auf den Absatz davor, auf den Zusammenhang bezogen. Deshalb muss man die Kommission nochmal nennen.

Abg. Steffen Kanitz: Ja, genau.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ich habe da noch eine inhaltliche Frage: Also das ist ja jetzt... Das endet ja dann damit, mit dem Fazit dieser damaligen Kommission. Und das ist eben die Energieeinsparung. Punkt. Und so hört dann das Ganze auf unter der Überschrift „Klimawandel und Atomenergie“. Und das finde ich jetzt ein bisschen einschränkend. Ich meine, Effizienz ist sicher die vernachlässigte Säule - auch heute noch. Und es ist auch wichtig, das rauszustellen. Aber dass die

Erneuerbaren dann so gar nicht vorkommen unter der Überschrift „Klimawandel“ ...Ne?

Vorsitzender Michael Müller: Das kann man noch vernetzen. Die wurde damals auf höchstens 10%... Also man muss wissen: Die Bundesregierung hatte damals 4% genannt und die Kommission wurde kritisiert, dass sie 10% nannte.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Aber dass man da wenigstens nochmal einen Satz hinten dransetzt...

Vorsitzender Michael Müller: Jaja, mache ich.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Das Potential der Erneuerbaren noch irgendwie....

Vorsitzender Michael Müller: Jaja, okay. So, noch etwas?

Dann kommen wir zu 2.3.5.

Also nochmal: Da kommen jetzt die beiden Absätze von vorne mit „Dingsbums“ da rein. Die müssen dann in den ersten Absatz miteingebaut werden. Und daraus müssten dann zwei oder drei werden.

Gibt es da etwas, 2.3.5?

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Wenn niemand etwas Größeres hat... Ich habe einen Wunsch – ich muss jetzt mal „pro domo“ sprechen, weil da wird nur die SPD mit dem Ausstieg und mit der Forderung nach Ausstieg benannt. Deswegen würde ich doch drum bitten, da am Ende des ersten Absatzes:

„...1983 zogen die Grünen...“

und dann einfügen:

„... **die den Atomausstieg forderten**, erstmals in den Deutschen Bundestag ein.“

Vorsitzender Michael Müller: Ja, das ist auf Seite 15 ja drin.

Abg. Ute Vogt: Hier steht's doch drin, guck mal.

Vorsitzender Michael Müller: Wir machen das nochmal mit „Dingens“...mit dem Einzug in den Bundestag, ja?

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Da hätte ich gern den Satz drin, ja.

Vorsitzender Michael Müller: Alles klar.

So, noch etwas zu 2.3.5?

Abg. Ute Vogt: „*Wahlsieg*“ finde ich schöner, als dem „*Sieg von SPD und Grüne*“.

Vorsitzender Michael Müller: Jaja, kein Problem. Alles klar. Noch etwas zu 2.3.5?

Nicht der Fall – dann kommen wir jetzt zu den radioaktiven Abfällen. Herr Voges, fangen Sie mal an.

Jürgen Voges (Geschäftsstelle): Es war ja die Frage: 99 oder 99,9 Prozent der gesamten Radioaktivität. Ich bin da auf den Herrn König nochmal zugegangen.

Und seine Auskunft war: Schreiben Sie 99 Prozent - dann sind Sie auf der sicheren Seite, weil diese 99,9 Prozent sich offenbar nur auf die für das Endlager Schacht Konrad vorgesehenen Abfälle beziehen. Und darum habe ich diesem Änderungswunsch nicht entsprochen. Denn es ist offensichtlich mehr als 0,1 Prozent der gesamten Radioaktivität in den schwach Wärme entwickelnden Abfällen. Und jetzt 99,7 oder so zu schreiben, das kann man so auch nicht...

Vorsitzender Michael Müller: Herr Wenzel.

Stefan Wenzel: Die 99 finde ich auch richtig. Bloß mit den zehn - die sind meines Erachtens zu hoch. Da drüber steht doch:

„...hat zwar lediglich einen Volumenanteil von etwa zehn Prozent...“

Also ich habe die Zahl 1 im Kopf. Wenn man dann aber rechnet: Wir haben ungefähr 27.000 Kubikmeter hoch radioaktiven, und 600.000 schwach und mittel radioaktiven. Da sind wir bei rund fünf Prozent. Deswegen hab ich jetzt hier mal vorgeschlagen, in meinem Papier, einen einstelligen prozentualen Volumenanteil - dann legen wir uns nicht so ganz genau fest.

Jürgen Voges (Geschäftsstelle): Es ist ein bisschen schwierig, weil ja der Volumenanteil auch durch das beeinflusst wird, was aus der Asse zurückgeholt wird. Und allein dadurch kommen 200.000 Kubikmeter zustande, die vorher eine geringere Menge ausmachten. Man hätte schreiben können: „...unter zehn Prozent...“ oder „...weniger als ein Zehntel...“. Aber man kann auch schreiben: „...einen einstelligen...“ Das ist völlig...

Abg. Sylvia Kotting-Uhl und Abg. Ute Vogt: „...unter zehn Prozent...“

Vorsitzender Michael Müller: Gut, machen wir weiter jetzt erstmal: 2.4.1 insgesamt, oder? Das ist so lang. Sollten wir lieber seitenzahlmäßig vorgehen, würde ich vorschlagen. Jetzt sind wir nämlich bis Seite 20.

Also Seite 17. Ja, Herr Kanitz.

Abg. Steffen Kanitz: Also erstmal: 2.4 haben wir ja noch nicht ausformuliert. Da wäre mein Wunsch, da eine andere Überschrift zu finden. Wir versuchen das insgesamt neutral zu halten bisher. Deswegen, entweder schreiben wir:

„...Die Entsorgung der radioaktiven Abfälle“

Was ungelöst ist, ist das Problem der Entsorgung der hoch radioaktiven, nicht der schwach und mittel radioaktiven.

Vorsitzender Michael Müller: Naja, wir haben für 300.000 auch für mittel radioaktive keinen Lagerort.

Abg. Steffen Kanitz: Ja, aber ich finde, das ungelöste Problem ist hier: Es gibt noch keine Lösung. Deswegen würde ich einfach hinschreiben:

„... Die Entsorgung der radioaktiven Abfälle“

als Überschrift. Wäre mein Vorschlag - aber wir können das gerne dann auch diskutieren, wenn der Textteil vorliegt.

Vorsitzender Michael Müller: Ja, habe ich, aber... Wir bleiben dabei.

Abg. Steffen Kanitz: So, „Die schwere Hypothek“ 2.4.1 ist, sozusagen, das Nächste, die nächste Wertung. Da geht es nur um das radioaktive Inventar, meiner Meinung nach. Mein Wunsch wäre, die Überschrift umzubenennen in:

„Das radioaktive Inventar“

Vorsitzender Michael Müller: „Die Hypothek“ in „Das radioaktive Inventar?“

Abg. Steffen Kanitz: Nicht „Die schwere Hypothek“ sondern „Das radioaktive Inventar“.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Aber empfinden Sie es nicht als schwere Hypothek?

Abg. Steffen Kanitz: Nein.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Im Ernst nicht?

Abg. Steffen Kanitz: Nein, im Ernst nicht. Da bin vielleicht noch zu jung und zu naiv für und habe noch keine 30 Jahre natürlich hinter mir, ja? Aber ich empfinde das nicht als schwere Hypothek, sondern als großes Problem, das wir zu lösen haben. Ja, in der Tat, völlig klar. Aber...

Vorsitzender Michael Müller: Na, dann schreiben wir da „Das ungelöste Problem...“

Jürgen Voges (Geschäftsstelle): Es gibt in dem Bericht auch noch ein ganzes Kapitel „Abfallbilanz“. Das müsste man jetzt im Auge behalten. Dieses Leitbildkapitel soll nur beschreiben, wie man bislang politisch mit den Abfällen umgegangen ist und am Anfang in zwei Absätze anreißen, um welche Mengen es geht.

Abg. Steffen Kanitz: Ich verstehe das. Es ist eigentlich richtig. Da haben Sie Recht, Herr Voges. Aber das ist wesentlich weniger, sagen wir mal, zukunfts pessimistisch als die Überschrift das suggeriert.

Vorsitzender Michael Müller: Also wir machen jetzt bei 2.4.1 – da suchen wir noch eine Überschrift.

Abg. Steffen Kanitz: Ja, okay.

Vorsitzender Michael Müller: „Die Entsorgung radioaktiver Abfälle“

Abg. Steffen Kanitz: Wenn ich darf, würde ich bei 2.4.1 direkt einsteigen. Im ersten Satz – der ist mir ein bisschen zu umgangssprachlich:

„Während der Atomstrom in Deutschland aus den Steckdosen verschwindet...“

Also, sollten wir nicht sagen:

„Während der Anteil von Kernenergie am Energiemix abnimmt...“

Vorsitzender Michael Müller: Naja, er verschwindet ja...

Abg. Steffen Kanitz: Jaja, sicher abnimmt... Das sagt der Satz ja auch.

Da will ich mich auch nicht drum... es war nur mein Vorschlag. Mir war das ein bisschen - wir haben es überall hochphilosophisch und da wird

es dann plötzlich extrem umgangssprachlich. Da dachte ich, naja...Atomstrom aus den Steckdosen. Ist okay, wenn das hier anders gesehen wird.

So, dann:

*„... sind die Hinterlassenschaften des **Kernenergiezeitalters**...“ - nicht Atomzeitalters...*

Vorsitzender Michael Müller: „...der Kernenergie...“

Abg. Steffen Kanitz: Oder „...der Kernenergie...“

Im nächsten Satz:

„Kernkraftwerke produzieren in den Brennelementen die strahlenintensivste Form von radioaktivem Abfall“ - nicht „Müll“.

Und in dem dann folgenden Absatz – also es ist richtig, was da steht: Von den 36 Leistungsreaktoren wurden bisher drei zurückgebaut, inklusive aber mal einer ganzen Menge Forschungsreaktoren. Okay, das kann man erstmal so stehen lassen. Aber der Satz ganz am Ende dieser Seite:

„Nur kleinere Mengen radioaktiver Abfallstoffe stammen aus anderen Forschungseinrichtungen oder der Medizin.“

Also, der Bund trägt ja, wenn ich das auf die Kosten runterbreche, einen Großteil der Kosten an Konrad und auch mindestens mal 30% am HAW-Endlager. Das heißt: Wir sind auch große Abfallverursacher in Form der...

Abg. Sylvia Kotting-Uhl; Zehn!

Abg. Steffen Kanitz: Oder zehn Prozent... Ob ich jetzt hier nur von kleinen Mengen radioaktiver Abfallstoffe - insbesondere was Konrad angeht - sprechen würde, ist die Frage: Stammen aus den Forschungseinrichtungen der Medizin – es stammt ja schon eine Menge daraus – bezogen auf Konrad.

Vorsitzender Michael Müller: Dann schreiben wir einfach „*kleinere*“, das „*nur*“ weg.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Auf Konrad bezogen ist es ganz wenig. Also bei Gorleben bisher, da hat die öffentliche Hand auch nicht ganz zehn, aber zumindest etliche Prozente. Aber bei Konrad ist das ganz wenig, was da... Der Müll, der jetzt bei den Chargen, die noch nicht untergebracht sind, da ist der Forschungsmüll dabei. Der kommt noch.

Abg. Steffen Kanitz: Ich dachte, es ist so zu verstehen, dass sich der Satz auf die bereits vorhandenen Abfälle bezieht, ja?

Ja, dann können wir das auch so lassen.

Jürgen Voges (Geschäftsstelle): Für das Kapitel Abfallbilanz will uns das Bundesumweltministerium noch Daten zuliefern. Man wird auf dieser Grundlage möglicherweise diese Angaben möglicherweise noch korrigieren. Die Zahlen habe zunächst aus dem entnommen, was mir derzeit zur Verfügung steht. Und ich denke, dass die Informationen da noch etwas besser werden.

Vorsitzender Michael Müller: Also, wir machen da auch einen Verweis auf die Abfallbilanz.

So, weiter. Auf der Seite 17 noch etwas? Nicht der Fall - dann kommen wir zur Seite 18.

Bitte, Herr Kanitz.

Abg. Steffen Kanitz: Finnland hat letzte Woche ein Endlager für hoch radioaktive Abfallstoffe genehmigt. Deswegen müssen wir den zweiten Satz oben im ersten Absatz verändern.

Nicht:

„Derzeit existiert aber weder in Deutschland noch weltweit ein Lager...“

Sondern:

„Bislang wurde weder in Deutschland noch weltweit ein Lager in Betrieb genommen für hoch radioaktive Abfallstoffe.“

So einfach.

Vorsitzender Michael Müller:

„...für HAW in Betrieb genommen, dass...“

Okay, weiter: Seite 18?

Ja, Frau Kottling-Uhl.

Abg. Sylvia Kottling-Uhl: Also, abgesehen von dem „sicher“ - da haben wir ja schon drüber geredet, weil das auf der Seite ja sehr oft vorkommt - hätte ich bei den Abfällen aus der Asse... Da steht:

„...rund 200.000 Kubikmeter Abfallstoffe...“

Da würde ich bitten, das zu ändern in:

„...bis zu...“

Das ist jetzt, sozusagen, das „Worst-Case-Szenario“ – das kann auch **sehr viel weniger** sein.

Vorsitzender Michael Müller: „...bis zu 200.000“

Ja, Herr Voges.

Jürgen Voges (Geschäftsstelle): Das war der Mittelwert von den 150.000 bis 250.000 Kubikmetern, die sich in den entsprechenden Gutachten für das BfS finden.

Ich hatte das nachgeschlagen und den Mittelwert verwendet.

Vorsitzender Michael Müller: Dann bleiben wir doch bei „...rund...“. So, alles klar.

Weiter Seite 18?

Abg. Steffen Kanitz: Erster Absatz am Ende:

„Dagegen existieren Endlager für schwach Wärme entwickelnde...“

Also da müssten wir den Terminus technicus

„...schwach und mittel radioaktive Abfälle...“ oder „...Abfallstoffe in einer Reihe von Staaten“.

...müssten wir nehmen.

Das gilt auch für den nächsten Absatz: Da haben wir auch nochmal „...schwach Wärme entwickelnde...“, da machen wir auch „...schwach und mittel radioaktive...“.

Und dann wäre mein Wunsch, dass wir - weil wir uns da explizit auf das Thema der schwach und mittel radioaktiven beziehen - folgend an den ersten Absatz, sozusagen, ergänzen einen Satz:

„In Deutschland ist hierfür...“ - also für die schwachen und mittel radioaktiven Abfälle – „...das planfestgestellte Endlager Schacht Konrad vorgesehen.“

Ja, das kommt später nochmal, das weiß ich. Aber das passt ja hier?

Vorsitzender Michael Müller: Ja, wir machen hier einen Verweis.

Abg. Steffen Kanitz: Also wir sagen: „...in einer Reihe von Staaten“ - aber nicht bei uns? Doch.

Vorsitzender Michael Müller: Verweis machen wir da.

Schacht Konrad schreiben wir rein und dann einen Verweis auf die....

So, weiter?

Abg. Steffen Kanitz: Nächster Absatz:

„Der Gesetzgeber hat in Deutschland wiederholt herausgestellt...“

Da geht es jetzt, sozusagen, um das Thema der nationalen Verantwortung...

„Das ist auch die Position der Kommission. Es entspricht dem Verursacherprinzip...“

Also, das Verursacherprinzip ist hier, glaube ich, nicht der richtige Terminus technicus, sondern:

„... es entspricht dem Prinzip der nationalen Verantwortung.“

Vorsitzender Michael Müller: Da machen wir doch

„...der Kommission.“ Und dann geht es weiter: „...die in Deutschland erzeugten...“

Abg. Steffen Kanitz: „...hierzulande auf Dauer zu lagern.“

Vorsitzender Michael Müller: Genau, dann lassen wir den Satz weg.

Abg. Steffen Kanitz: Und der nächste Satz:

„Aufgrund der besonderen Gefährlichkeit der Stoffe ist ihre Beseitigung eine staatliche Aufgabe.“

Also den Zusammenhang würde ich mal bestreiten. Die Beseitigung der radioaktiven Abfälle ist doch nicht deswegen eine staatliche Aufgabe, weil sie so gefährlich ist. Es gibt andere gefährliche Stoffe, die der Staat nicht entsorgt. Oder?

Jürgen Voges (Geschäftsstelle): Ich glaube, das ist ein Zitat aus dem Gesetzentwurf von 1976 aus der Entsorgungsnovelle, wo das unter anderem so begründet worden ist. Das habe ich dort entnommen.

Abg. Steffen Kanitz: Dann ist das okay. Dann müsste ich das nochmal nachschlagen. Der Zusammenhang hat sich mir nicht erschlossen.

Vorsitzender Michael Müller: Wir machen hier einen Absatz und machen eine Einleitung dazu.

Jürgen Voges (Geschäftsstelle): Das war so. So ist das 1976 begründet worden.

Abg. Steffen Kanitz: Sind Sie so lieb, mir das einmal zuzuschicken, Herr Voges?

Vorsitzender Michael Müller: Machen wir.

Jürgen Voges (Geschäftsstelle): Ja, kann ich Ihnen zuschicken.

Abg. Steffen Kanitz: Danke.

Vorsitzender Michael Müller: So, noch etwas auf Seite 18?

Abg. Steffen Kanitz: Die Frage wäre nur, ob wir vor dem letzten Absatz - da beginnt ja jetzt, sozusagen, die Beschreibung der Standortsuche, der bisherigen. Ob man da auch eine Überschrift einfügt?

Vorsitzender Michael Müller: Also zweites Kapitel?

Abg. Steffen Kanitz: Na, sozusagen: Bisherige Standortsuche und Endlagerstandorte. Das ist ja das, was wir da hinterher beschreiben.

Vorsitzender Michael Müller: Ja, das ist dann 2.4.2 NEU...

Abg. Steffen Kanitz: Und die anderen wären dann fortlaufend zu ändern.

Vorsitzender Michael Müller: Ja, machen wir. 2.4.2 – sehr gut.

Seite 19. Herr Wenzel?

Stefan Wenzel: Im dritten Absatz am Ende. Und zwar hat es ja das KEWA-Auswahlverfahren gegeben... Und das KEWA-Auswahlverfahren wurde im Auftrag der Bundesregierung von der Kernbrennstoff-Wiederaufarbeitungs-Gesellschaft durchgeführt – hatte ungefähr 140 Salzstöcke untersucht, hatte am Ende noch etwa 25 übrig. Da war Gorleben nicht bei – hat dann eingedampft auf etwa acht, da war Gorleben auch nicht bei. Dann auf drei; an diesen drei Standorten hat man dann begonnen mit Erkundungsarbeiten und Bohrgestänge und dann wurde das Verfahren im August 1976 abgebrochen. Deswegen würde ich das hier auch so deutlich sagen. Und dann hat die Niedersächsische Landesregierung Gorleben benannt, aber das Auswahlverfahren hat Gorleben nicht auf dem Ticket gehabt. Und man kann jetzt hier nicht plötzlich ein neues Auswahlverfahren konstruieren, was es nicht gegeben hat.

Also dieser Standort war nicht Ergebnis des Auswahlverfahrens. Das würde ich da gern auch so drin haben.

Jürgen Voges (Geschäftsstelle): Das ist vielleicht missverständlich formuliert.

Vorsitzender Michael Müller: Aber hier ist es ja... wir übernehmen das.

Jürgen Voges (Geschäftsstelle): Das kann man ohne weiteres so machen. Wenn die anderen damit einverstanden sind, kann man das auch so schreiben. Es war ja nur strittig, ob die Niedersächsische Landesregierung da noch ein Auswahlverfahren gemacht hat. Auf das KEWA-Auswahlverfahren sollte man sich aber nicht positiv berufen. Seinerzeit war man etwa auch der Auffassung, am gesuchten Standort müsste eine Verpressung von hoch radioaktiven Flüssigkeiten im Untergrund möglich sein.

Stefan Wenzel: Jaja, ich weiß.

Jürgen Voges (Geschäftsstelle): Das damalige Auswahlverfahren ist weit entfernt von heutigen Maßstäben.

Stefan Wenzel: Die hatten sehr eigenwillige Standards - da gebe ich Recht. Aber dass Herr Albrecht damals ein Suchverfahren gemacht hat, das würde ich auch in Abrede stellen. Da gibt es diese schöne Geschichte mit seinem Nachbarn, der Bergdirektor war... Aber das Ganze war schon allein auf Grund der kurzen Frist kaum möglich.

Jürgen Voges (Geschäftsstelle): Fünf Wochen...

Abg. Steffen Kanitz: Also, ich verstehe den Punkt, Herr Wenzel. Aber da sind wir jetzt in der Tat unterschiedlicher Auffassung. Und da können wir jetzt auch nicht die Ergebnisse des Untersuchungsausschusses Gorleben irgendwie interpretieren - da haben wir in der Tat unterschiedliche Meinungen. Das ist genau die Schwierigkeit, Herr Voges, die wir Ihnen jetzt aufgebürdet haben.

Jürgen Voges (Geschäftsstelle): Einigen Sie sich.

Abg. Steffen Kanitz: Herr Wenzel, wenn Sie so freundliche wären, noch einmal... Entschuldigung ich habe gerade Kaffee geholt... Was wäre denn Ihr Formulierungsvorschlag?

Stefan Wenzel: In dem Text ist der drin.

Ich habe jetzt geschrieben:

„Dieser Standort war nicht Ergebnis des Auswahlverfahrens der Bundesregierung.“

Man könnte da jetzt auch die unterschiedlichen Auffassungen aufschreiben. Meinetwegen, was weiß ich. Ich sage normalerweise, es war eine Willkürentscheidung. Das habe ich da jetzt nicht reingeschrieben.

Man könnte sagen: Die einen sagen, die Landesregierung hätte da ein Auswahlverfahren gemacht; die anderen sagen, es war eine Willkürentscheidung. So, dann steht das gegeneinander. Ich habe versucht, das zu beschreiben. Einfach, indem ich gesagt habe: *„Dieser Standort war*

nicht Ergebnis des Auswahlverfahrens der Bundesregierung.“ Und das ist objektiv so.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ich würde vorschlagen, diesen letzten Satz, also:

„...wurden Mitte August (1976) ohne Ergebnis eingestellt. Stattdessen benannte die Niedersächsische Landesregierung den Salzstock Gorleben als Areal ...“ usw.

Das ist wertfrei. Ohne dass man sagt, was da jetzt die Niedersächsische Landesregierung dazu geführt hat, das so zu machen.

Stefan Wenzel: Haben Sie den Text alle?

Vorsitzender Michael Müller: Jaja, das steht doch bei Ihnen drin.

Abg. Steffen Kanitz: Also, ich finde Ihren Vorschlag gut, Frau Kotting-Uhl. Wo wir noch unterschiedlicher Auffassung sind - nein andersrum - wo der Untersuchungsausschuss Gorleben unterschiedlicher Auffassung war in der Frage, ob es ein Ergebnis gegeben hat oder nicht. Deswegen wäre mein Vorschlag:

„...nach Mitte August 1976...“; das „ohne Ergebnis“ wegzulassen, sondern „eingestellt“.

Er wurde eingestellt - faktisch; ob mit oder ohne Ergebnis, sagen wir damit nicht. Und dann käme, sozusagen, Ihr Satz:

„... hat die Niedersächsische Landesregierung jedem ein eigenes“ oder „...einen eigenen Vorschlag unterbreitet.“

Das wäre, meine ich, neutral. Oder wir stellen beide Positionen, Herr Wenzel, wie Sie sie gerade beschrieben haben, durchaus auch gegeneinander dar. Da hab ich auch kein Problem mit. Von mir aus können wir auch beides darstellen. Aber wenn wir sagen, wir versuchen das neutral zu machen...

Stefan Wenzel: Wir werden es so machen in der Kombination von Ihnen und Frau Kotting-Uhl. Also ich habe ja auch geschrieben:

„...wurde Mitte August 1976 abgebrochen. Stattdessen benannte die Niedersächsische Landesregierung den Salzstock Gorleben als Areal für ein Nukleares Entsorgungszentrum.“

Ja?

Abg. Steffen Kanitz: Ja.

Vorsitzender Michael Müller: Okay, noch etwas auf Seite 19?

Dann kommen wir zur Seite 20. Da hat Herr Wenzel auch noch einen Vorschlag gemacht - eine Erweiterung.

Stefan Wenzel: *„...massiven...“* - um das für die Nachwelt nochmal zu erhalten. Es ist nicht so entscheidend, aber...

Vorsitzender Michael Müller: Okay. Noch etwas auf Seite 20 bis zu 2.4.2? Also, beim alten 2.4.1, was jetzt 2.4.2 ist.

Abg. Steffen Kanitz: Also ich hätte den Wunsch, hier auch nochmal reinzuschreiben... Ach so, zweiter Absatz an das Ende:

„Die ehemalige Eisenerzgrube Konrad in Salzgitter wird zum Endlager umgebaut und soll ab 2022....aufnehmen.“

Also, ich finde, wenn wir der Bundesregierung schon eine Menge Aufgaben mit auf den Weg geben, dann könnten wir das auch nochmal machen. Das ist ja bisher jedenfalls Konsens, dass wir den Zeitraum halten wollen - *„...im kommenden Jahrzehnt“* ist mir reichlich flexibel.

Vorsitzender Michael Müller: Also „2022“?

Ja, Herr Voges?

Jürgen Voges (Geschäftsstelle): Das ist, sozusagen, der früheste, der derzeit von der DBE benannte Zeitpunkt, der vom Bundesamt für Strahlenschutz aber in Zweifel gezogen wird.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ich meine, jetzt haben wir da auch gerade eben gesagt: Wir machen nicht irgendwelche Debatten auf, wo man dann Pros und Contras auf den Plan ruft. Das sollten wir dann da auch nicht machen, finde ich.

Vorsitzender Michael Müller: Herr Ott.

Erhard Ott: Also die Zahl 2022/23 – also es geistert seit langer Zeit immer durch die Gegend. Und ich halte das schon für wichtig, da auch ein Stück weit eine Festlegung hinzukriegen. Bei uns, gerade bei den Beschäftigten auch in der Kernenergie, eine ganz wichtige Diskussion. Und die Frage, wann jetzt zumindest das Lager für schwach und mittel radioaktive Abfälle in Betrieb genommen wird, steht die Zahl 2022/23 – damit die Frage des Rückbaus – dann auch zu einem Zeitpunkt „X“, unterschiedlicher bei den einzelnen Kernkraftwerken, beginnen kann. Also das ist ja auch unter Beschäftigungsgesichtspunkten ein ganz wichtiger Punkt. Also, ich würde das zumindest nicht beliebig lassen – im Text.

Abg. Ute Vogt: Also ich finde – inhaltlich bin ich da voll dabei – weil ich finde auch, je schneller desto besser. Aber die Frage ist halt, wenn wir was da reinschreiben sollten, wir zumindest vorher absichern, dass es auch gelingen kann. Deshalb fand ich bisher diese Formulierung mit dem kommenden Jahrzehnt ganz klug. Aber ich würde doch vorschlagen, wir fragen nochmal nach.

Vorsitzender Michael Müller: Können wir nicht machen:

„...frühestens ab 20...“

„...Anfang des kommenden...“

Abg. Ute Vogt: Ja, genau. Guter Kompromiss.

Jürgen Voges (Geschäftsstelle): Realistisch wäre wahrscheinlich „...Mitte...“

Vorsitzender Michael Müller: Jetzt lassen wir das:

„...soll möglichst Anfang des kommenden Jahrzehnts...“

Noch etwas zu 2.4.2?

Nee, das ist jetzt 2.4.3, wir haben das ja inzwischen anders. Entschuldigung. Das Alt-2.4.1 ist jetzt 2.4.2.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ne, ne, ich bin noch bei 2.4.1. Im ersten Absatz „...das Auswahlverfahren...“ usw., da steht:

*„...wurde **zunächst** nicht umgesetzt...“*

Da würde ich vorschlagen:

*„... wurde nicht **mehr** umgesetzt...“*

Und dann im nächsten Absatz steht:

„...Erkundung des Salzstocks Gorleben führte immer wieder zu Protesten...“

Da wäre mein Vorschlag:

„...führte zu anhaltenden Protesten...“

Vorsitzender Michael Müller: „massiven“ – haben wir schon.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ach so, das ist schon verändert durch Stefan. Okay.

Und dann noch:

„Die radioaktiven Abfallstoffe in der Asse sollen, wenn irgend möglich...“

Das „...wenn irgend möglich“ würde ich streichen wollen. „Sollen“ heißt schon, dass es nicht unbedingt sicher ist und ich finde, das reicht:

„...sollen aus dem Bergwerk zurückgeholt werden“, das ist der politische Wunsch.

Vorsitzender Michael Müller: Okay. Noch etwas?

Jürgen Voges (Geschäftsstelle): Ich schreibe das ja gleich mit.

„Die 1979 begonnene Erkundung führte zu massiven Protesten...“ Und Sie wollen noch das „anhaltenden“?

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Nein, nein.

Vorsitzender Michael Müller: Gut. Dann haben wir das. Dann kommen wir jetzt zu ALT-2.4.2 / NEU 2.4.3.

Da müssen wir nochmal gucken, ob wir noch etwas dazwischen finden.

Wir haben ja eine Zwischenüberschrift, so dass 2.4.2 jetzt 2.4.3 ist.

Also: ALT-2.4.2 – Seite 20.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Überschrift - die halte ich für falsch. Weil, es geht da drin nur um schwach und mittel radioaktive Abfälle in dem ganzen Kapitel. Und das sollte sich auch so in der Überschrift darstellen.

Vorsitzender Michael Müller: Okay, neue Überschrift.

Was ist noch zu Seite 20? Dann kommen wir zu 21. Gibt es etwas zu 21?

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Nur eine Frage: Was ist eine „säkular sichere Speicherung“? Meint das: „getrennt“? Also, es ist ein Zitat – es ist jetzt

nichts, wofür wir uns verantworten müssen. Aber ich kenne das nicht.

Vorsitzender Michael Müller: „Dauerhaft“.

Jürgen Voges (Geschäftsstelle): Säkulum ist ein Jahrhundert.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ach so.

Jürgen Voges (Geschäftsstelle): Also, „für Jahrhunderte sicher“ heißt das wörtlich. Das ist natürlich ein Zitat aus dem Gutachten. Oder „für Epochen sicher“. Also, es macht auch deutlich, dass damals andere Maßstäbe...Er ging ja davon aus, dass - bevor die Asse gekauft wurde - ging man davon aus, sie muss 500-1000 Jahre dicht sein.

Vorsitzender Michael Müller: Ganz einfach, wir machen eine Fußnote dazu.

Jürgen Voges (Geschäftsstelle): Ist da nicht eine Fußnote?

Vorsitzender Michael Müller: Da machen wir eine dazu, die das erklärt.

Jürgen Voges (Geschäftsstelle): Ja.

Vorsitzender Michael Müller: Eine erklärende Fußnote.

Noch etwas auf Seite 21?

Nicht der Fall. Dann kommen wir zu 22.

Herr Wenzel.

Stefan Wenzel: Ja, ich finde, dass man an dieser Stelle nochmal darauf verweisen muss - weil hier oben in der Fußnote 106 wird die BGR zitiert. Ich weiß nicht, warum das unterstrichen ist, weil die Formulierung ist nicht von mir. „Sie sind für Wasser und Gase praktisch undurchlässig“, diese

Gesteine - das ist ein Zitat der BGR. Und deswegen müssen wir, meines Erachtens, auch dagegenstellen, dass damals...

Vorsitzender Michael Müller: Ja, das ist in dem alten Text noch auf Seite 21 unten. Nur, wenn einer nicht...

Stefan Wenzel: Es changiert über die Seite... Und in meinem Papier - S. 22 oben, erster Absatz - würde ich deswegen das Zitat bringen, was damals vom Bundesforschungsministerium kam und von der GSF:

„...ein Wassereinbruch wurde damals mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen. Die Asse sei sicher für alle Zeiten.“

Das stand im Bonner Generalanzeiger.

„Risse und Fugen im Salz würden sich von allein schließen, erklärte die BGR noch im Jahr 2008.“

Das ist ein Zitat von der Website – könnte man alles mit Fußnoten auch unterlegen.

Vorsitzender Michael Müller: Sollte man.

Jürgen Voges (Geschäftsstelle): Dieses Zitat ist von 1967 vor der Inbetriebnahme von einem Gutachten zur Sicherheit der Asse - das genannte Zitat: Klaus Kühn und zwei andere Autoren, was in dem anderen Teil, den ich zur Asse geschrieben habe, auch vorkommt. Hier wollte ich ja nur deuten: Es gab, sozusagen, anfangs - bevor das Institut für Tieflagerung die Begutachtung der Asse übernommen hat - eine realistische Einschätzung der geologischen Situation. Dann wurde die Grube gekauft; die GSF gründete ein Institut für Tieflagerung. Das hatte drei Abteilungen – eine für die Endlagertechnik, eine für den Betrieb des Bergwerkes und eine wissenschaftliche Abteilung. Und die wissenschaftliche Abteilung schrieb dann sozusagen pro domo die Sicher-

heitsberichte. In denen finden sich viel optimistischere Einschätzungen der Grube, als sie vor dem Kauf bestanden. Es stellt sich die Frage, ob man das hier so ausführlich darstellen will. Es gibt ja noch einen eigenen Abschnitt über das Salzbergwerk Asse. Dort ist das enthalten. Da ist auch dieses Zitat drin. Jetzt ist die Frage, ob man das schon an dieser Stelle bringen soll.

Vorsitzender Michael Müller: Stefan Wenzel.

Stefan Wenzel: Ja, ich habe mir jetzt hinterher nochmal vergegenwärtigt, was jetzt hier in dem Text erklärt werden soll. Und es ist ja im Grunde...beschreibt es die Abläufe damals und die Annahmen. Aber, es wäre, glaube ich, schon hilfreich, dass man da einmal findet, dass sich diese Annahmen im Nachhinein als nicht belastbar erwiesen haben.

Vorsitzender Michael Müller: Wollen wir das hier machen oder mit Verweis auf die andere Stelle? Ja?

Stefan Wenzel: Das sind alles zwei Zitate.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Also, ich würde mal... diese ganzen Vorgänge um die Asse ja einer der ganz massiven Punkte sind, die uns heute das Leben so schwer machen. Weil die dazu beigetragen haben, dass das Vertrauen absolut erschüttert ist. Ich glaube, wir kommen mit unseren Empfehlungen auch gerade in den kritischen Bereichen umso eher zu einer Art von zumindest Tolerierung, je kritischer wir mit diesen wirklich eindeutigen Dingen umgehen. Das ist ja nun nichts mehr, worüber man streiten muss, sondern das ist ja völlig klar. Und ich würde das wirklich lieber einmal mehr - weil das ist wichtig, dass wir uns da ganz klar bekennen und das verurteilen, was da gelaufen ist.

Vorsitzender Michael Müller: Also mein Vorschlag wäre dann, dass man hier einen – hinter „...Bergwerk Asse II“ - einen Abschnitt reinschreibt:

„Wie sich später zeigte...“ usw.

Abg. Ute Vogt: Ich finde die Formulierung, die jetzt von Stefan Wenzel da ist, passt doch; da steht doch eigentlich in zwei Sätzen alles drin.

Vorsitzender Michael Müller: Jaja, wollen wir ja auch machen.

Abg. Ute Vogt: Die würde ich übernehmen und keinen weiteren Absatz – einfach die Formulierung.

Vorsitzender Michael Müller: Jaja, sage ich ja. - nur als eigenständiger Absatz, so war das zu verstehen. Einleitungssatz, ja.

Abg. Steffen Kanitz: Wir haben bisher ja immer, wenn wir Zitate genommen haben, aus irgendwelchen Veröffentlichungen, aber nicht aus Zeitungsartikeln...; Herr Wenzel, weil Sie gerade sagten - gerade der letzte Punkt - mit „Risse und Fugen würden sich von allein schließen“; Bonner Generalanzeiger oder was?

Stefan Wenzel: Nein, das ist Website BGR.

Vorsitzender Michael Müller: Und das erste ist aus dem „Kühn“.

Stefan Wenzel: Das erste ist „Kühn“ und das mittlere ist Bonner Generalanzeiger. Das war aber damals die öffentliche Inbetriebnahme oder die Ankündigung, dass die Asse praktisch genutzt wird. Das stand damals in fast allen deutschen großen Zeitungen.

Vorsitzender Michael Müller: Das brauchen wir auch nicht als Zitat zu nehmen.

„Damals war die vorherrschende Meinung... und dann...“ usw.

Und dann die beiden „Kühn“ und „Dingens“.
Okay, übernehmen wird.

Noch etwas zu Seite 22 dann? Ja?

Abg. Steffen Kanitz: Und zwar in dem ersten Absatz hinter „Abfälle“ vor dem Zitat „Umso geeigneter ...“: Ich glaube, wir müssten dann versuchen, noch eine Herleitung oder eine Überleitung zu schaffen. Ich hätte den Vorschlag, dann einen Satz einzufügen:

„Aus diesem Grund kam man damals zu folgender Erkenntnis.“

Und dann kommt, sozusagen, käme:

„Umso geeigneter sind stillgelegte Bergwerke...“

Vorsitzender Michael Müller: Also, den Absatz faktisch nach „Abfälle“ machen.

Abg. Steffen Kanitz: Ja.

Vorsitzender Michael Müller: Und dann einleitend:

„Das war der Hintergrund, warum man...“
usw.

Abg. Steffen Kanitz: Genau. Und dann könnte man vielleicht - übrigens noch ergänzend zu den Lehren aus der Asse, die Herr Wenzel jetzt gerade beschrieben hat - nochmal den Satz anfügen:

„Als wesentliche Erkenntnis daraus, liegt der Fokus der Erkundung heute auf unverletzten geologischen Formationen.“

Sie beschreiben ja auch die Risse nochmal und die Wasserführung als Problem. Da bestehe ich jetzt aber auch nicht drauf. Aber könnte man jetzt an der Stelle z.B. einbringen. Das wäre dann, sozusagen, die Lehre jetzt für das Verfahren, was wir jetzt...

Stefan Wenzel: Das wäre unstrittig.

Jürgen Voges (Geschäftsstelle): Aber, ich glaube, das ist schon seit 1980 so, dass man sagt...

Abg. Steffen Kanitz: Na ja, gut. Das ist aber jetzt mal ein Kernbestandteil für das Suchverfahren der Zukunft: dass wir sagen, das nehmen wir mal für uns voraus.

Vorsitzender Michael Müller: Dann schreiben wir das auch mit „Dingens“:

„Seit 1980 ...“ usw. „Deshalb...“

Okay, weiter zu Seite 22? Ja?

Abg. Steffen Kanitz: Dritter Absatz.

Vorsitzender Michael Müller: „Die Deutsche Atomkommission...“

Abg. Steffen Kanitz: Ja, am Ende: „Atommülllager“. Das wäre wieder dieser Begriff: also „Endlager“ oder... „Atommülllager“ jedenfalls weg. Dann davor:

„... Salzbergwerk Asse II im niedersächsischen Landkreis Wolfenbüttel kein systematischer Vergleich infrage kommender Standorte voraus.“

Also, das ist richtig, das stimmt. Aber wir müssen eben, zumindest für uns, einmal nochmal abspeichern: Das war eben in den sechziger Jahren auch kein Stand von Wissenschaft und Technik. Das kann man heute kritisieren, zu Recht; wir würden es heute auch anders machen. Aber wir müssen damit aufpassen, zu suggerieren, dass es damals etwas völlig Neues war, oder falsch war, oder dass man absichtlich irgendwas hat unter den Tisch fallen lassen. So war es eben nicht. Es war nur einfach nicht Stand von Wissenschaft und Technik.

Jürgen Voges (Geschäftsstelle): Das war so, dass man gleichzeitig beschlossen hat, ein Bergwerk einzurichten für die Aufnahme von radioaktiven Abfällen und eine Kaverne zu suchen. Und bei der Kaverne hat man einen Standortvergleich ge-

macht und bei dem Bergwerk hat man darauf verzichtet, weil man die Asse als günstige Gelegenheit ansah.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Aber die Kaverne war auch für hoch radioaktiv gedacht und das ist der Unterschied. Das ist auch international so, dass nirgendwo wird für schwach und mittel radioaktiven Müll vergleichend gesucht.

Also wir müssen da auch schon ein bisschen aufpassen, dass wir die Standards nicht alle gleichsetzen, egal was es ist.

Abg. Steffen Kanitz: Ich würde noch einen Vorschlag in dem Text machen wollen. Wenn wir nach:

„...Vergleich infrage kommender Standorte voraus“

ein Komma machen,

„...was damals dem Stand von Wissenschaft und...“ entweder „...der internationalen Praxis...“ oder „...dem damaligen Stand...“

Vorsitzender Michael Müller:

„...der damaligen Praxis entsprach...“

Es gab ja auch ein paar andere damals, ne?

Abg. Steffen Kanitz: Ja, das ist richtig.

Jürgen Voges (Geschäftsstelle): Aber die DDR hat einen Standortvergleich gemacht, bevor sie Morsleben ausgesucht hat. Das ist in der gleichen Zeit.

(Lachen)

Vorsitzender Michael Müller: Wir können ja schon froh sein, dass die das nicht unter Wittenberg gemacht haben.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Aber kann man das an der Stelle nicht einfach weglassen? Ich mache mir da schon ein bisschen Sorgen, weil ich will schon nochmal sagen - aus dem politischen Raum heraus - auch Konrad ist nicht vergleichend gewählt worden. Ich möchte nicht, dass uns das um die Ohren fliegt.

Vorsitzender Michael Müller: Frau Kotting-Uhl, Seite 22: Was genau bitte weg?

Ins Mikrofon, wenn es geht.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ich suche die Stelle noch...(Lachen) Wo sind wir denn gerade? Dritter Absatz: Ab

„Während...“ bis „...voraus“.

und dann kann man ja schreiben:

„Eine Beteiligung von Bürgern gab es nicht.“

Die hätte es natürlich geben sollen. Aber den Absatz, - den Satz von „Während für die Kavernen-deponie...“ bis „...voraus“ streichen.

Vorsitzender Michael Müller: „Während...“ bis „...voraus“ – also den Satz?

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Den Satz, ja.

Vorsitzender Michael Müller: Gut.

„Eine Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern oder von betroffenen Gebietskörperschaften gab es nicht bei der Festlegung.“

So, noch etwas auf Seite 22?

Dann kommen wir zu Seite 23; da ist nochmal Herr Wenzel.

Stefan Wenzel: Darf ich bei der Zahl „zehn Milliarden Euro“ nach der Quelle fragen?

Jürgen Voges (Geschäftsstelle): Das ist ausgeführt in dem längeren Teil zur Asse: Die Summe setzt sich zusammen aus den fünf Mrd. Euro, auf die das Bundesumweltministerium im Nationalen Entsorgungsprogramm die erneute Endlagerung der Abfälle aus der Asse beziffert. Und das andere, die andere Hälfte, sind die Rückholungskosten. Die Rückholung soll nach den derzeitigen Planungen des Bundesamtes für Strahlenschutz ungefähr im Jahr 2060 oder Mitte der 2060er Jahre abgeschlossen sein. Die Betriebskosten des Bergwerks, ohne besondere Kosten für die Rückholung, belaufen sich auf ungefähr 100 Mio. Euro pro Jahr. Das heißt, die zehn Mrd. ergeben sich durch diese überschlägige Rechnung. Wenn man diese Zahl vermeiden will, kann man aber das sicherlich machen.

Vorsitzender Michael Müller: Jetzt mal langsam, erstmal diskutieren. Noch jemand dazu? Herr Wenzel nochmal?

Stefan Wenzel: Es gibt ja intensive Bemühungen, auch zu beschleunigen. Da gibt es ein paar interessante Ansätze. Und jetzt bin ich nicht sicher, ob diese Zahl sich möglicherweise von dem ursprünglichen Zeitplan ableitet, der aber mittlerweile eine ganze Menge an Beschleunigungsoptionen hat.

Vorsitzender Michael Müller: Ich würde vorschlagen: wir lassen hier die Kosten raus. Zumal das ja auch die KFK jetzt machen soll.

Stefan Wenzel: Ja, okay.

Jürgen Voges (Geschäftsstelle): Einfach den Satz weg.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Die KFK hat mit der Asse aber nichts zu tun.

Vorsitzender Michael Müller: Ne, aber mit den Gesamtkosten.

Jürgen Voges (Geschäftsstelle): Also, diesen Kostensatz kann man rauslassen

Vorsitzender Michael Müller: Ja, hinten bei Asse erläutern wir das nochmal.

Bitte.

Jürgen Voges (Geschäftsstelle): Ja, das kommt hinten nochmal.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Was ich schon wichtig finde, ist der Gedanke, dass ein schlecht ausgewähltes Endlager am Ende sehr teuer kommt. Das sollte sich irgendwo niederschlagen.

Vorsitzender Michael Müller: Das kann man reinschreiben.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Dass alle Sorgfalt gerechtfertigt ist, weil falsch ausgewählt wird wahnsinnig teuer.

Und dann hätte ich noch einen Änderungswunsch. Dieser Satz:

„Die Rückholung wurde notwendig, weil eine den heutigen Anforderungen entsprechende Stilllegung der Schachanlage nicht möglich war.“

Nein, mir geht es darum, die Rückholung **ist** notwendig.

Vorsitzender Michael Müller: Nee, „Sicherheit“ ist ergänzt worden – deshalb.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Okay, danke.

*„Die Rückholung ist notwendig....weil die Stilllegung der Schachanlage...“ usw.
„...nicht möglich ist.“*

Weil, es ist ja noch nicht gelaufen. Und wir wissen ja auch noch nicht, ob es funktioniert.

Vorsitzender Michael Müller: Okay, beide Male in der Gegenwart formulieren. Alles klar.

Herr Kanitz.

Abg. Steffen Kanitz: Frage in dem Absatz Rückholbarkeit – dritte Zeile:

„...wurde auf eine Rückholbarkeit...verzichtet.“

Also, wir reden ja jetzt hier, sozusagen, von der Konzeption des Pilotendlagers oder wie auch immer; Versuchs-, Pilot-, wie auch immer. Reden wir da nicht von „Bergbarkeit“ und nicht von „Rückholbarkeit“? Also wir reden doch davon, dass wir nach dem Verschluss nicht die Möglichkeit..., also dass es konzeptionell nicht vorgesehen war, die Fässer rauszuholen. Das wäre dann aber Bergbarkeit und keine Rückholbarkeit.

Jürgen Voges (Geschäftsstelle): Umgekehrt. Rückholbarkeit steht für ein Zurückholen auf vorher eingeplanten Wegen. Die Bergung wird dagegen häufig definiert als Notfallmaßnahme. Man könnte auch sagen: Durch den Bau eines zweiten Bergwerkes werden dabei die Abfälle geborgen. Rückholbarkeit war in der Asse nicht vorgesehen. Jetzt werden die Abfälle mit erheblichen Aufwand geborgen.

Vorsitzender Michael Müller: Dann kommen wir zu...

Abg. Steffen Kanitz: Moment, Moment. Entschuldigung, ich bin noch bei dem... Also, dieser Punkt nochmal: „Rückholbarkeit“- einverstanden - statt „Bergbarkeit“. Aber ich würde da nochmal den Hinweis bringen wollen, dass das natürlich bis heute dem internationalen Stand von Wissenschaft und Technik entspricht. Wir reden hier von schwach und mittel radioaktiven Abfällen. Ich will das jetzt nicht auf hoch radioaktive beziehen. Aber schwach und mittel radioaktive Abfälle – es soll jetzt nicht so aussehen, als wäre das völlig untypisch, was wir da gemacht haben. Das entspricht bis heute dem Stand von Wissenschaft und Technik.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Aber nicht beim Versuchsendlager. Das ist ja der Unterschied.

Vorsitzender Michael Müller: Es geht hier um den Pilotcharakter.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Es wurde ja als Versuchsendlager bezeichnet und da hätte man eigentlich - also so vom logischen Denken könnte man sagen: „Naja, wenn die Versuche beendet sind, holt man das Zeug wieder raus“.

Vorsitzender Michael Müller: Ja? Okay.

Gut, dann kommen wir zu 2.4.3 (alt): „Die gesellschaftlichen Konflikte...“.

Abg. Steffen Kanitz: „... um Endlagerstandorte“ müsste es sein, oder? „Lagerstätten“?

Vorsitzender Michael Müller: „Endlagerstätten“. Ne, „...um Lagerstätten“ - „...um Standorte“. Entschuldigung.

Abg. Steffen Kanitz: Ja, „...um Endlagerstandorte“, oder?

Vorsitzender Michael Müller: „Standorte“.

Abg. Steffen Kanitz: „Standorte“ – naja, gut.

Vorsitzender Michael Müller: „Standorte“. So...

Ist dann noch etwas auf Seite 23?

Dann kommen wir zu Seite 24. Herr Wenzel.

Stefan Wenzel: Ich habe auch... Das ist hier etwas umfangreicher. Das wäre vielleicht hilfreich, wenn Sie da mal in die Unterlage gucken. Und wir entlang der Unterlage auf Seite 24 gucken. Da geht es auch nochmal um die Frage: Wie ist damals die Entscheidung gefallen?
Die Formulierung, die ich vorschlage, heißt dann:

„Auf Drängen der Landesregierung wurde im August `76 die Untersuchung an den drei von der KEWA in die engere Wahl gezogenen Standorten – Wahn, Lichtenhorst und Lutterloh – eingestellt. Das Land Niedersachsen schlug stattdessen den Standort Gorleben vor.“

*Auf Grundlage einer Kabinettsentscheidung benannte die niedersächsische Landesregierung am 22. Februar 1977 Gorleben als einzige Standortmöglichkeit. Ob es sich dabei um eine wissenschaftlich fundierte, oder um eine rein politische Entscheidung handelte, blieb im Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages zum Standort Gorleben zwischen Regierungs- und Oppositionsfraktionen **völlig** umstritten.“*

Oder

„...hoch umstritten“.

Dann weiter:

„Die Bundesregierung akzeptierte den Standortvorschlag von Niedersachsen im Juni 1977.“

Und die übrigen Ausführungen würde ich streichen, die da ursprünglich standen.

Vorsitzender Michael Müller: Ja, bitte.

Abg. Steffen Kanitz: Ich habe mich bisher, bis früh heute Morgen, beschäftigt mit dem Vorschlag, der von Herrn Müller und Herrn Voges vorgelegt wurde - dem ich auch folgen kann.

Auf den ersten Blick finde ich den Vorschlag von Herrn Wenzel jetzt nicht schlecht, aber bin nicht im Stande, das jetzt hier abschließend zu bewerten. Das ist ja ein bisschen ein heikles Thema. Bei Ihrem Vorschlag hätte ich gut mitgehen können. Da würde ich drum bitten, dass ich da wenigstens eine Nacht mal drüber schlafen kann,

um mir das anzuschauen. Weil das wirklich sensibel ist.

Vorsitzender Michael Müller: Ich gebe jetzt Herrn Voges nochmal das Wort und dann Frau Kotting-Uhl und dann reden wir über Verfahren. Frau Kotting-Uhl zuerst.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ich wollte mich eigentlich zu dem Absatz davor, zur Wiederaufarbeitung, melden.

Also, jetzt zu dem Text hätte ich zwar auch noch... Aber wenn das jetzt eh nochmal zurückgestellt wird...

Vorsitzender Michael Müller: Ne, ne, machen Sie.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Bei mir waren das nur Kleinigkeiten... Ist das auf dieser Seite oder auf der nächsten?

Ja, ich habe nur eigentlich bei dem einen Satz, Seite 25 im letzten Abschnitt.

Vorsitzender Michael Müller: Wo?

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Wir sind doch auf Seite 25, ne?

Vorsitzender Michael Müller: Ja, Seite 24 im Originaltext und dann kommt da unten: „Auf Drängen...“ oder „Die Niedersächsische Landesregierung...“

Da hat dann Herr Wenzel den Vorschlag gemacht, mit „Auf Drängen...“.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ich muss sagen, alles was irgendwie dazu führt, dass wir die Debatten aus dem Untersuchungsausschuss wieder kriegen, würde ich auch einfach lassen. Deswegen bin ich auch dafür, das so zu streichen, wie Stefan Wenzel das vorschlägt. Und ich habe noch in dem einen Satz – das ist jetzt ohne Änderungsmodus drin – auf der alten Seite 25 in dem letz-

ten Absatz „Mit der Errichtung der Brennelementlager in Ahaus und in Gorleben...“, da steht unten:

„Auch die Inbetriebnahme des Brennelementlagers Gorleben im April 1995 beruhigte die Situation nicht.“

Und da würde ich sagen: Im Gegenteil! Also, da gab es auch gar keinen Anlass, anzunehmen, dass das beruhigt. Sondern das hat noch mehr eskaliert.

„Es eskalierte die Situation noch mehr...“,

würde ich da sagen.

Vorsitzender Michael Müller: Oder „verschärfte“.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Oder „verschärfte“, ja.

Jürgen Voges (Geschäftsstelle): Das weitere Lager, das schon zuvor in dem Landkreis in Betrieb genommen wurde, ist ein Fasslager für schwach radioaktive Abfälle. Bei diesem Lager fanden sich die Anwohner nach einiger Zeit mit den Transporten ab. Diese liefen dann relativ reibungslos. Beim Brennelementlager gab es eine an andere Entwicklung. Die Transporte dorthin konnten wegen des polizeilichen Schutzes nur einmal pro Jahr stattfinden und es gab jeweils große Protestaktionen. Aber dieser Gedanke, dass bei den Brennelementtransporten der zunächst erwartete Gewöhnungseffekt ausblieb, wird im Text wohl nicht deutlich.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Aber faktisch ist es tatsächlich eskaliert.

Jürgen Voges (Geschäftsstelle): Ja.

Vorsitzender Michael Müller: Gut, dann kommen wir jetzt zu dem Vorschlag von Stefan Wenzel mit „Auf Drängen...“.

Machen wir jetzt den Verfahrensvorschlag, dass wir - sagen wir mal bis morgen Nachmittag, geht

das? Also, sagen wir bis morgen 15 Uhr bei Herrn Voges, ja? Und wenn es dann Streit gibt und Herr Voges stimmt das dann mit Ihrem Büro ab, Herr Wenzel? Okay...wenn es Änderungen gibt. Wenn es übernommen wird, was am leichtesten wäre, brauchen wir gar nicht drüber zu reden.

Stefan Wenzel: Ja.

Vorsitzender Michael Müller: Okay. Ich wollte das nur erstmal klären - diesen Absatz da „*Die niedersächsische Landesregierung...*“. Also schreibe ich hier ran: „Offen“. So.

Jetzt weitere Punkte. Bitte.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Also die alte Seite 24, oben. Da geht es ja um die Wiederaufarbeitung. Und dann auch, dass das dann nicht mehr erlaubt war im Ausland usw. Und das ist mir jetzt ein bisschen zu nüchtern geschrieben. Weil, ich meine, die Wiederaufarbeitung - also zum einen, das steht am Ende in diesem Absatz, dass aus Kostengründen sich das nicht so richtig rechnet und weil man nur das extrahierte Plutonium verarbeitet hat. Da könnte man nochmal dazu schreiben, dass das Uran immerhin über 70% des Abfalls ausmacht. Das bringt gar nichts, dieses Plutonium da rauszuziehen, wenn man...

Jürgen Voges (Geschäftsstelle): 1 Prozent des Kernbrennstoffs macht das Plutonium aus, 99 Prozent das Uran.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Naja, die Aktiniden sind noch dabei. Und beim Wiederaufarbeitungsabfall...

Jürgen Voges (Geschäftsstelle): Weitere radioaktive Stoffe finden sich natürlich in den Kokillen mit in Glas eingeschmolzenen Abfällen.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ja, also, ich glaube, dass es so viel nicht ist. Aber gucken wir nochmal nach, dass man die genaue Zahl hat. Aber jedenfalls, der absolut überwiegende Teil. Und dann

müsste irgendwo ein Satz, warum das auch verboten worden ist. Also da steht ja nur:

„*Das Atomgesetz erlaubte die direkte Endlagerung bestrahlter Brennelemente...*“

Und dann wurde – wo steht denn das? Irgendwo steht doch ein Satz, wann es verboten worden ist.

Jürgen Voges (Geschäftsstelle): Nur noch bis Mitte 2005.

Vorsitzender Michael Müller: 2005.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Genau.

Vorsitzender Michael Müller: Das 2001 vom Bundestag beschlossene Gesetz.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ja. Und da fände ich, sollte mal wenigstens ein Halbsatz dazu, auch warum man das verboten hat, ja? Weil das wirklich eine ungeheure Gefährdung der Umgebung ist jeweils.

Vorsitzender Michael Müller: Okay. Noch etwas zum ersten Absatz? Nicht der Fall.

Dann der zweite: „*Das damalige Entsorgungskonzept...*“. Gibt es dazu etwas?

Nein, das ist nicht der Fall.

Also bei dem dritten, da mit der Niedersächsischen Landesregierung, da wird das jetzt im besprochenen Verfahren gemacht.

Kommen wir auf Seite 25. Da ist auch erst nochmal Herr Wenzel. Ist das ein Bestandteil? Nö, das ist ja neu.

Stefan Wenzel: Das ist nochmal... Da ging es um die Frage, welche...

Vorsitzender Michael Müller: ...Standortmöglichkeit.

Stefan Wenzel: Den Standortvorschlag, genau. Das gehört, sozusagen, dazu.

Vorsitzender Michael Müller: Das gehört zu dem ersten, also zu dem Punkt, was abgeklärt werden muss.

Jürgen Voges (Geschäftsstelle): Ja. Bis Seite 25 unten.

Stefan Wenzel: Ja, im dritten Absatz ist noch etwas, das hängt da nicht mit zusammen. Das ist, glaube ich, hier zu klären.

Vorsitzender Michael Müller: Was? Das mit dem Niedersächsischen Ministerpräsidenten?

Stefan Wenzel: Ne, jetzt im dritten Absatz auf Seite 25.

„Konsens bestand in der Kommission aber darüber, dass zwischenzeitlich eine neue Lage eingetreten ist.“

Ich würde hier nicht erklären, dass jede Grundlage für Proteste weggefallen ist. Es wird viele geben, die das anders sehen; deswegen würde ich hier nicht provozieren an dieser Stelle.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Das wäre mein Beitrag jetzt auch gewesen.

Vorsitzender Michael Müller: Wo ist das jetzt nochmal genau? Entschuldigung.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Das ist Seite 26. Ne, auf der alten Seite 26, ganz oben:

„Zur Legitimität solcher Proteste...“

Vorsitzender Michael Müller: Entschuldigung, deshalb war ich jetzt falsch. Seite 26, ja.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Da steht dann:

„Konsens bestand in der Kommission aber darüber, dass bislang für die Proteste vorgebrachte Begründungen ihre Grundlage verloren haben.“

Also, da gibt es bestimmt **keinen** Konsens in der Kommission. Und so etwas sollten wir auch nicht reinschreiben.

Jürgen Voges (Geschäftsstelle): Und geht denn der andere Satz:

„...zwischenzeitlich eine neue Lage eingetreten ist.“

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Wo steht der?

Jürgen Voges (Geschäftsstelle): Den hat Herr Wenzel als Ersatz vorgeschlagen.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ja.

Jürgen Voges (Geschäftsstelle): Man kann auch schreiben:

„...dass durch das Standortauswahlgesetz...“

Vorsitzender Michael Müller: Jetzt nicht noch etwas Neues! Wir nehmen das.

Abg. Steffen Kanitz: Okay.

Vorsitzender Michael Müller: Wir nehmen das:

„Zur Legitimität...“ usw.

Und das andere wird im Verfahren, wie besprochen, geklärt. So...

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ich habe noch ein paar Punkte auf der Seite.

Vorsitzender Michael Müller: Bitte.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Nächster Absatz...

Vorsitzender Michael Müller: „Die aus den 70er Jahren...“

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Genau, am Ende. Das:

„...wie Salz“

würde ich streichen, einfach:

„Dabei gibt es keine Vorfestlegung mehr auf ein bestimmtes Endlagergestein.“

Im nächsten Absatz „...niedersächsische Landesregierung...“, zweitletzte Zeile:

„Der Salzstock Gorleben ist nicht länger Endlagerstandort, er **könnte** es nur erneut werden...“

Würde ich da... Also da wäre ich so vorsichtig wie möglich.

Dann der nächste Absatz „Im Zusammenhang mit der Erkundung...“ Da steht ungefähr in der Mitte:

„Auch dies...“ - da geht es um verschiedene Dinge, die dort passiert sind – „Auch dies wurde für den Vorwurf genutzt, es sollten ohne eine Beteiligung der Bürger vollendete Endlager-Tatsachen geschaffen werden.“

Da würde ich vorschlagen, stattdessen:

„Auch dies **provozierte** Vorwürfe, es sollten...“ usw.

Vorsitzender Michael Müller: „Es sollten...“ Also was...?

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Statt „...für den Vorwurf genutzt...“ würde ich sagen „Auch dies provozierte Vorwürfe...“.

Vorsitzender Michael Müller: Aha.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Weil „für den Vorwurf genutzt“ klingt so, als sei nun wirklich **gar nichts** dran und es sei instrumentalisiert.

Vorsitzender Michael Müller: „...provozierte...“ Ja!

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Das ist eben, das meinte ich vorhin, vor allem mit dem Glatteis auf dieser Seite.

Vorsitzender Michael Müller: Ja, bitte.

Abg. Steffen Kanitz: Rein redaktionell, dritter Absatz beginnend mit „Die niedersächsische Landesregierung...“, zweite Zeile:

„...und schloss **unstreitige** Standorte...“

müsste es dann sein. Okay.

Und in dem letzten Satz, letzte Zeile:

„...dauerhafte Lagerung hoch radioaktiver **Abfälle** die...“

Da fehlt „Abfälle“.

Jürgen Voges (Geschäftsstelle): „Abfallstoffe.“

Abg. Steffen Kanitz: Oder „Abfallstoffe“, was auch immer.

So, und dann hätte ich nochmal – der letzte Absatz, der allerletzte Absatz. Da geht es um den Umgang mit kritischen Wissenschaftlern. Also, das ist halt auch wieder so ein Punkt, so ein klassischer Punkt, wo wir dann irgendwie im Untersuchungsausschuss keine Einigkeit erzielt haben. Mein Vorschlag wäre, es so zu nennen:

„Ein weiterer häufig im Zusammenhang mit der Erkundung des Standorts Gorleben erho-

bener Vorwurf betraf den Umgang mit Wissenschaftlern, über den es im Untersuchungsausschuss Gorleben divergierende Auffassungen gab.“

So, also von mir aus auch noch mit „...*die abweichende Meinungen hatten*“, aber dass nochmal deutlich wird, dass es ja auch irgendwie unterschiedliche Auffassungen gab. Wäre mir schon nochmal wichtig. Das würde auch dem bisherigen Duktus entsprechen.

Ansonsten habe ich dann nichts mehr.

Vorsitzender Michael Müller: Relativsatz rein.

Abg. Steffen Kanitz: Ja.

Vorsitzender Michael Müller: So, dann noch Herr Wenzel.

Stefan Wenzel: Einmal noch ein Punkt, den ich vergessen habe. Im drittletzten Absatz muss es, meines Erachtens nach, heißen:

„Das im Jahr 2013 in Kraft getretene Standortauswahlgesetz...“

Jürgen Voges (Geschäftsstelle): Am 1. Januar 2014.

Abg. Steffen Kanitz: Hm.

Stefan Wenzel: Ach, stimmt...in Kraft getreten.

Vorsitzender Michael Müller: Dann schreiben wir aber:

„Das am 01.01.2014...“

Sonst gibt es...

Stefan Wenzel: Ja, okay. Das hatte mich irritiert. Stimmt.

Und dann würde ich im vorletzten Absatz schreiben:

„...Errichtung und Erkundung des Bergwerks...“

Jürgen Voges (Geschäftsstelle): Das Bergwerk wird nicht erkundet.

Stefan Wenzel: Okay, Errichtung und Erkundung des Salzstocks.

Aber ein Salzstock wird auch nicht errichtet.

Jürgen Voges (Geschäftsstelle): Errichtung des Bergwerks und Erkundung des Salzstocks.

Stefan Wenzel: Ja, okay.

Vorsitzender Michael Müller:

„...die Errichtung des Bergwerks und die Erkundung des Salzstocks...“

Okay. Noch etwas? Dann sind wir durch.

(Applaus)

Außer A. Jetzt haben wir A nicht, was wir in der Fraktion... Da müssen wir nur noch über Verfahren noch reden. Das müssen wir aber.

Also, das eine Verfahren ist klar - das mit dem Umlaufverfahren. Ich meine, Teil A haben wir jetzt mehrfach diskutiert... Können wir da wenigstens auch mal das Verfahren machen? Also wenn da gravierende Einsprüche sind, wir die mitgeteilt bekommen bis - sagen wir mal - Donnerstag nächster Woche.

Abg. Steffen Kanitz: Ja, klar. Können wir gerne machen. Herr Müller, ein Großteil dessen - Sie haben recht, es ist nicht alles eins-zu-eins wortgleich im Teil B. Aber einige Sachverhalte und einige Absätze sind ja übernommen. Diese Absätze haben wir jetzt gerade in Teil B ja beraten.

Vielleicht kann man die ja schon mal entsprechend sprachlich anpassen und Sie kriegen von uns zeitnah dann noch - ich glaube jetzt nicht, dass wir noch gravierende Änderungen haben, aber ich kann da jetzt auch nicht meine Hand für ins Feuer legen - kriegen Sie gerne bis Donnerstag nächster Woche alles zugeschickt. Sofern es da noch etwas gibt.

Vorsitzender Michael Müller: So, danke.

Abg. Steffen Kanitz: Danke Ihnen.

Vorsitzender Michael Müller: Entschuldigung, ich muss da noch etwas sagen. Wir machen jetzt erstmal nochmal den Teil A neu mit den Veränderungen im Leitbild – die zehn Grundsätze. Das machen wir.

Und gehen nochmal durch, ob jetzt nicht Teile schon hinten so ausführlich sind, dass wir vorne kürzen können. Da will ich nochmal gucken.

Und dann sagen wir so, Montag kriegen Sie das zugeschickt. Dann haben Sie bis Donnerstag Zeit.

Abg. Steffen Kanitz: Darf ich darum bitten, dass wir das vielleicht im Änderungsmodus bekommen? Dann sehen wir sofort...

Vorsitzender Michael Müller: Ich weiß nicht, wie das geht bei mir. Das ist mein Problem.

Abg. Steffen Kanitz: Ach so, verstanden. Dann müssen wir uns das selbst irgendwie zusammensuchen. Okay, ist dann halt so.

Vorsitzender Michael Müller: Also, ich „fette“ es dann, wenn sich etwas ändert. Oder mache es kursiv. Alles klar.

Abg. Steffen Kanitz: Danke.

Jürgen Voges (Geschäftsstelle): Gibt es noch eine weitere Sitzung?

Vorsitzender Michael Müller: Ja, müssen wir machen. Aber die brauchen wir jetzt nicht zu machen, machen wir eine Doodle-Abfrage. Wir haben ja hinten noch die Teile mit Technologiebewertung und Zukunftsethik.

Wir müssen ja auch drüber reden, wie dann der Text ist zu Morsleben, für Asse, Schacht Konrad usw. Wir haben noch eine ganze Menge. Aber wir haben mehr als alle anderen Gruppen.

Wir hören für heute auf. Trotzdem haben wir mehr als alle anderen Gruppen, sage ich nochmal.

Vielen Dank und Tschüss.

Herr Müller verabschiedet die Mitglieder.

Vorsitzender

Michael Müller

(Ende der Sitzung 16:54 Uhr).